



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

⇒ *noch nicht genehmigt*

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2025/3

Datum/Zeit	Donnerstag, 26. Juni 2025, 18:00 - 21:15 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Feller Daniela (FDP)	<u>1</u>
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP)	
	Buri Peter (SP)	
	Dähler Stefanie (SP)	
	Dressler Yasmin (SP)	
	Falk Marcel (SP)	
	Kistler Kerstin (SP)	ab 19:00 Uhr
	Renner Jörg (SP)	
	Schneider Maja (SP)	<u>8</u>
	Andres Angelo (SVP)	
	Brunner Franziska (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Gränicher Adrian (SVP)	
	Herren Marisa (SVP)	
	Rutsch Adrian (SVP)	
	Steiner Ulrich (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	<u>9</u>
	Alberucci Luca (glp)	
	Raass Leena (glp)	
	Schmid Alexander (glp)	ab 18:20 Uhr
	Tamàs Oliver (glp)	
	Wahli Alexander (glp)	
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)	<u>6</u>
	Lanz Lukas (FDP)	
	Leiser Christoph (FDP)	bis 20:20 Uhr <u>2</u>
	Baumgartner Gerhard (EVP)	
	Gimmel Benjamin (EVP)	
	Zürcher Myriam (EVP)	<u>3</u>
	Filep Béla (Mitte)	
	Löhner-Marti Sandra (Mitte)	
	Mitter Michael (Mitte)	<u>3</u>
	Burr Furrer Christian (Grüne)	
	Ernst Kathrin (Grüne)	
	Tanner Adrian (Grüne)	<u>3</u>
	Ananiadis Jorgo (Piraten)	<u>1</u>
	Total anwesend	<u>36</u>

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 26. Juni 2025

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Selmani Emsale (SP) und Wipfli Hans (SVP)
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Brechbühl Kerstin (Mitte), Mordasini Mattia (SP), Nova Colette (SP) und Stalder Sarah (SP) Gemeindeschreiberin: Steudler Barbara

TRAKTANDEN

24.	Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 13. Februar 2025; Genehmigung.....	64
25.	Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 20. März 2025; Genehmigung.....	65
26.	Sozialkommission; Ersatzwahl.....	66
27.	Verwaltungsbericht 2024; Genehmigung.....	67
28.	Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Fusionsverhandlungen mit Stadt Bern; Kreditabrechnung; Kenntnisnahme.....	80
29.	Schutzanlagen Dennigkofen und Mösli; Umnutzung in öffentlichen Schutzraum; Kreditabrechnungen; Kenntnisnahme.....	83
30.	Jahresrechnung 2024; Genehmigung.....	84
31.	Wahl externe Revisionsstelle für die Prüfung der Jahresrechnungen 2025 bis 2028; Genehmigung.....	91
32.	Überparteiliche Motion betreffend keine Standmiete für Ostermundiger Vereine am Mundige Fescht; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	92

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 26. Juni 2025

33.	Überparteiliche Motion betreffend Solarprojektwochen für Jugendliche in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	94
34.	Überparteiliches Postulat betreffend kostenloses Public-Viewing in Ostermundigen während der Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025; Erheblicherklärung/Ablehnung	100
35.	Interpellation SVP-Fraktion betreffend Schwarzarbeit trotz IV- oder Sozialhilfebezug; schriftliche Beantwortung	102
36.	Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Umsetzung Temporegime und Einrichtung Aufenthaltszonen; schriftliche Beantwortung	103
37.	Überparteiliche, einfache Anfrage betreffend Neuzuzüger:innen-Anlass; schriftliche Beantwortung.....	104
38.	Orientierungen des Gemeinderates	105
a)	Interpellation SP-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern; Genehmigung Fristverlängerung (bis am 4. September 2025)	105
39.	Interpellation SVP-Fraktion betreffend Bezug von Sozialhilfegeldern nach Einbürgerung - wie nachhaltig ist unser System?; parlamentarischer Neueingang	109
40.	Interpellation Luca Alberucci (glp) betreffend was sind die Hauptgründe und -treiber für die bisherige Entwicklung der Finanzlage von Ostermundigen?; parlamentarischer Neueingang.....	110
41.	Überparteiliches Postulat betreffend Obergrenze Stellenprozente der Verwaltung; parlamentarischer Neueingang.....	111

42.	Überparteiliches Postulat betreffend Veloabstellplätze beim Einkaufszentrum Mösli; parlamentarischer Neueingang.....	112
43.	Postulat Maja Schneider (SP) betreffend kostenloses Public-Viewing-Angebot in Ostermundigen während der nächsten Fussball-Europameisterschaft; parlamentarischer Neueingang.....	113
44.	Überparteiliche Interpellation zur öffentlichen Bekanntmachung von Anlässen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang	114
45.	Überparteiliche Interpellation betreffend der von der Gemeinde Ittigen zurückgehaltenen Gewinnsteueransprüchen von der Swisscom AG; parlamentarischer Neueingang.....	115
46.	Überparteiliche Interpellation betreffend «Planungsstand Tram Bern-Ostermundigen – Auswirkungen der Bauverzögerungen; parlamentarischer Neueingang	117
b)	Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates	119

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Daniela Feller (DP): Geschätzte Anwesende, ich begrüsse alle zur 3. Sitzung im Jahr 2025.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **34 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

1. Stephanie Dähler (SP) hat per 30. Juni 2025 ihren Rücktritt aus dem GGR bekanntgegeben.
2. Auf den Tischen liegen auf:
 - Die Einladung zur Teilnahme an einer Parlamentssitzung in Köniz mit vorgängigem Apéro. Die Anmeldefrist läuft bis zum 11. Juli 2025.
 - Zum Traktandum Nr. 30 (Jahresrechnung 2024) liegt die "Aufteilung der Ausgaben und Einnahmen Gesamthaushalt" sowie die "Korrektur Ertrag Budget 2024; Bericht Jahresrechnung 2024; Seite 27" vor.
3. Morgen findet im Werkhof der Ratsabend statt. Ich erwarte alle, die sich angemeldet haben, um 17.30 Uhr vor Ort. Es gibt zu jeder vollen Stunde «Programmpunkte». Wer sich nicht angemeldet hat und jetzt doch noch kommen möchte, kann sich bei mir melden.
4. Informationen zum Thema "Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats":

Wir sind bei der Vorbereitung der heutigen Sitzung nochmals in die Geschäftsordnung eingegangen und haben dort die "Interpellation" und die "einfache Anfrage" nochmals genau studiert. Im letzten Jahr haben wir betreffend "Interpellationen" die Diskussion geführt, was man da genau darf und was nicht.

- a. Fakt ist, wenn man eine Interpellation einreicht (das ist in Artikel 54 Absatz 3 festgehalten), dass der Erstunterzeichnende einfach Stellung nehmen kann. Das mit der "Abstimmung und Diskussion verlangen" war in der alten GO GGR möglich. Im Herbst 2022 haben wir diesen Sachverhalt mit einer Teilrevision tatsächlich abgeschafft. Bitte nehmt dies so zur Kenntnis. Ich werde auch später den Interpellanten die Möglichkeit geben, Stellung zu nehmen, aber an sich gibt es kein Diskutieren.
- b. Weiter ist es bei der einfachen Anfrage (siehe Artikel 55 GO GGR) so, dass man die gemeinderätliche Stellungnahme einfach zur Kenntnis nehmen kann.

Als dann habe ich noch eine weitere spannende Story von heute Morgen: Ich war heute Morgen im Fitnessstudio, wo ich am Bahnhof in Ostermundigen trainiere. In diesem "Prime-Time-Fitness" schaue ich aus dem Fenster und sehe ganz viele bewaffnete Männer und Frauen sowie Spürhunde. Zuerst dachte ich, es gäbe am Bahnhof eine Drogenrazzia. Irgendwann fahren mehrere Limousinen heran, schwarz, alle gleich. Zuerst stieg ein älterer Herr aus der Limousine. Ich fragte mich, was das eigentlich für einer ist. Es sind diverse andere Personen mit Limousinen angeliefert worden.

Auf einmal wurde mir klar, dass sind die sieben Bundesräte und der Gesamtbundesrat hat heute Morgen vom Bahnhof Ostermundigen aus seine Bundesratsreise angetreten.

So viel zum Thema. Sie haben jedenfalls den Bahnhof Ostermundigen und das Hochhaus ganz genau angeschaut. Der Bundesrat ist nun über den Umbau des Bahnhofs Ostermundigen im Bilde.

5. Die nächste GGR-Sitzung findet am **4. September 2025** statt.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 38 - Orientierungen des Gemeinderates

- Interpellation SP-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern; Genehmigung Fristverlängerung
(bis GGR vom 4. September 2025)
- Sprecher: T. Iten

Ratspräsidentin Daniela Feller (DP): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Axioma #988
100.3.10.03 Protokollgenehmigung

24. Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 13. Februar 2025; Genehmigung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 1 vom 13. Februar 2025 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen vor?

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 13. Februar 2025 wird genehmigt.

Axioma #988
100.3.10.03 Protokollgenehmigung

25. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 20. März 2025; Genehmigung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 2 vom 20. März 2025 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen vor?

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 20. März 2025 wird genehmigt.

Axioma #10457

10.6.06 Sozialkommission

26. Sozialkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Auf Vorschlag der FDP. Die Liberalen-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für die zurückgetretene Regula Feldmann (FDP) wird Roland Rüfli (FDP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juli 2025 bis 31. Dezember 2028 als Mitglied der Sozialkommission gewählt.

Axioma #5765

10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

27. Verwaltungsbericht 2024; Genehmigung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Zuerst werden wir über die GGR-Botschaft und anschliessend über den Verwaltungsbericht 2024 diskutieren.

Adrian Tanner (Grüne): Heute Abend wird über verschiedene politische Vorstösse entschieden. Die Abschreibungen müssen separat beschlossen werden. Aus diesem Grund schlagen wir vor, separat resp. einzeln über die Motionen und Postulate zu beschliessen.

Myriam Zürcher (EVP): Im Namen der EVP-Fraktion möchte ich mich bei allen bedanken, die das Geschäftsjahr 2024 mit Elan und Freude gestaltet haben.

Die vielen Angestellten der Gemeinde Ostermundigen, die Vereine, das Gewerbe, die Politik – wir alle tragen dazu bei, dass unsere Gemeinde sich weiterentwickelt, innovativ bleibt und ein Ort ist, an dem Menschen aus über 100 Nationen ein Zuhause finden. Trotz herausfordernder Situationen gelingt es immer wieder, Lösungen zu finden und vorwärtszugehen.

Wir begrüssen es ausdrücklich, dass der Gemeinderat die zahlreichen offenen Vorstösse aufgegriffen und bereits vieles in die Wege geleitet oder in Planung hat. Das gilt auch für das überparteiliche Postulat «für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen», wo die Begründung für eine Abschreibung aus unserer Sicht verständlich und der Ausgangslage in Ostermundigen entsprechend ist.

Dennoch ist es unübersehbar, dass auch in Ostermundigen die Wohnkosten stark steigen, und der bezahlbare Wohnraum zunehmend verschwindet. Das gibt uns zu denken. Auch wenn wir nichts gegen eine gewisse strukturelle Veränderung und finanzkräftigere Menschen haben, darf dennoch in Ostermundigen qualitativer und bezahlbarer Wohnraum nicht verschwinden. Es muss weiterhin ein fester Bestandteil unserer Gemeinde bleiben. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen, wenn notwendig mit neuen Vorstössen.

Nur gemeinsam können wir sicherstellen, dass Ostermundigen ein lebendiger, vielfältiger, inklusiver und bezahlbarer Ort für uns alle bleibt.

Sandra Löhner-Marti (Mitte): Wie wohl einige von euch auch habe ich beim Verwaltungsbericht ein kleines "Déjà-Vu". Wie jedes Jahr darf ich im Namen der Mitte-Fraktion dem Verwaltungsbericht 2024 zustimmen.

Auf 57 Seiten dürfen wir das vergangene Jahr nochmals durchleben. Neben den üblichen Statistiken gibt uns jede Abteilung einen kleinen Einblick in die Schwerpunkte des vergangenen Jahres. Für diese Arbeit möchte ich deshalb all jenen danken, die in irgendeiner Form daran mitgearbeitet haben.

Als allererstes habe ich versucht herauszufinden, wo genau das Titelbild entstanden ist. Aber obwohl ich schon in diesem Treppenhaus gestanden bin, musste ich erst den Einband konsultieren, um ganz sicher zu sein, wo diese Aufnahme entstanden ist (in der Schulanlage Mösli).

Der Gemeinderat hat gemäss beiliegender Botschaft in einer Klausur die hängigen parlamentarischen Vorstösse beraten und schlägt uns insgesamt 29 politische Vorstösse zur Abschreibung vor. Die Mitte-Fraktion kann die Bestrebungen gut verstehen, insbesondere «alte» oder zumindest «älteren» Vorstösse auf diesem Wege abzuschreiben.

Im Mai 2023 wurde die von mir eingereichte *überparteiliche Motion «Velofreundliche Gestaltung der Unteren Zollgasse zwischen Unterdorfstrasse und Bolligenstrasse»* mit 35 zu 0 Stimmen erheblich erklärt. Die Motion fordert die Lücke im Veloweg soll vor Beginn der Bauarbeiten für das Tram geschlossen werden. Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle nach dem aktuellen Stand der Dinge gefragt. Laut Auskunft der zuständigen Gemeinderätin konnten aus Kapazitätsgründen keine weiteren Schritte ausgeführt werden und die Motion sei weiterhin hängig.

Nun sehe ich auf Seite 14 des aktuellen Verwaltungsberichts, dass die Motion zur Abschreibung vorgesehen ist. Die Forderung ist jedoch bis heute nicht erfüllt und mit der Überweisung der Motion im Mai 2023 gehört sie definitiv auch nicht zu den «alten Eisen». Die Mitte-Fraktion wird deshalb den **Änderungsantrag Nr. 1** stellen:

- *Die Mitte-Fraktion beantragt, die überparteiliche Motion «Velofreundliche Gestaltung der Unteren Zollgasse zwischen Unterdorfstrasse und Bolligenstrasse» ist nicht abzuschreiben.*

Lukas Lanz (FDP): „*Tue Gutes und sprich resp. schreib darüber*“ - Ganz in diesem Sinne möchte ich der Verwaltung meinen Dank aussprechen für die geleistete Arbeit. Aus dem Verwaltungsbericht seien nur einige beispielhafte Tätigkeiten zitiert, umrahmt mit Zitaten aus fremder Feder:

„*Die Jugend soll Ihre eigenen Wege gehen, aber ein paar Wegweiser können nicht schaden.*“ Die Wegweiser der Gemeinde sind u. a. 12 Lehrstellen, 19 Praktikas, die Berufstour, das engagierte Lehrerkollegium und das Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

„*Man soll dem Leib etwas Gutes bieten, damit die Seele Lust hat, darin zu wohnen.*“ Aus der Leistungsvereinbarung mit den Vereinen ergibt sich u. a. das Streetfoodfestival

„*Die Kunst Steuern einzunehmen, besteht darin, die Gans zu rupfen ohne dass sie schreit.*“ Auch dies scheint offiziell gelungen mit fast 300 mehr eingegangenen Steuererklärungen und höheren Steuereinnahmen

„*Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.*“ Gute Voraussetzungen werden mit grösserem und schöneren Schulanlagen im Mösli, Rothus in neuem Kleid und neuer Sporthalle weiter verbessert.

„*Die Welt ist ein Buch. Wer nie reist, sieht nur eine Seite davon.*“ Auch die Ausgangspunkte für weitere Reisen werden mit dem neuen Bahnhof und etwas später dem Tram verbessert.

Zum Abrunden noch der „*Schnee von gestern*“. Dieser brachte mehr Winterdienst und einen defekten Streuer und damit weniger Sole dafür mehr Salz.

Und zum Schluss „*Das Pünktchen auf dem i*“ als wünschenswerte Ergänzung:

Diverse Stellen in der Verwaltung sind aktuell nicht besetzt und daher müssen diese Aufgaben teilweise durch Dritte erbracht werden.

- *Die FDP.Die Liberalen-Fraktion beantragt, dass in den zukünftigen Verwaltungsberichten der Umfang von Drittleistungen im Rahmen der regulären und wiederkehrenden Verwaltungstätigkeit aufgezeigt wird.*

Es bleibt noch einmal zu danken und den Schlusspunkt zu setzen.

Ulrich Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat, und vor allem auch der Verwaltung, für den sorgfältig erarbeiteten, vielfältigen und aussagekräftigen Verwaltungsbericht 2024. Es steckt jedes Jahr eine riesige Arbeit dahinter.

- Der Gemeinderat schlägt im Verwaltungsbericht, in Kapitel 2, vor, insgesamt 29 hängige parlamentarische Vorstösse als erledigt abzuschreiben.

Die SVP-Fraktion begrüsst diese Reduktion ausdrücklich - mit einem Vorbehalt betreffend die Motion Nr. 28. Die Motion wurde am 29.6.2023 erheblich erklärt. Sie verpflichtet den Gemeinderat, im Rahmen der kommenden Kreditanträge für die acht in der Solarstrategie und Umsetzungsplanung vorgeschlagenen «Solarkraftwerke» jeweils auch die Finanzierungsvariante «Contracting» zu prüfen. Hauptgrund bzw. Hauptnutzen einer Contracting-Lösung ist die Schonung der Gemeindefinanzen (und weniger die Maximierung der Solarstromproduktion - da haben wir ohnehin zu viel).

Ausdrücklich hält der Gemeinderat in der Erheblicherklärung fest, dass er «*im Rahmen der **einzelnen** Kreditanträge für die acht «Solarkraftwerke» die Finanzierungsvariante Contracting aufnehmen wird*». Damit kann der GGR ... «**bei jedem Solarkraftwerk**» über die Finanzierung und ein mögliches Contracting entscheiden.

Von den acht angesprochenen «Solarkraftwerken» ist aktuell das Projekt im Freibad umgesetzt; im Projekt "Mösl" liegt eine teilweise Umsetzung vor. Es besteht somit noch keine belastbare Erfahrung in der Frage «Contracting oder Eigenfinanzierung». Dies umso weniger, als das Projekt «Freibad» spezielle Randbedingungen hat, da im Winter keine eigene Nutzungsmöglichkeit des produzierten Stroms besteht. Zudem ändern sich die kommerziellen Rahmenbedingungen ständig - was heute gilt, ist evtl. in zwei Jahren ganz anders.

Trotzdem will nun aber der Gemeinderat die Motion bereits als erfüllt abschreiben, dies entgegen seinen Zusicherungen bei der Überweisung der Motion, und gestützt auf **nur ein** - und nur beschränkt aussagekräftiges - **Projekt**.

- Wir stellen den **Änderungsantrag Nr. 2:**

Die Motion «Contracting» bei der Umsetzung des Projektplans «Solarstromanlagen und Dachsanierung» sei aufrecht zu erhalten, und nicht als erledigt abzuschreiben.

1)

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen diverse Anträge zu der Abschreibung der Motionen und Postulate vor. Ich möchte diese Einzel mit euch abarbeiten.

1) 18:22 Uhr: Alexander Schmid (glp) tritt der Sitzung bei. Neu sind **35 Ratsmitglieder** anwesend,

Wir haben von der FDP.Die Liberalen-Fraktion einen Antrag erhalten. Dieser ist kein Änderungsantrag (und auch kein Ordnungsantrag) und steht für die Zukunft resp. für das nächste Jahr. Dieser Antrag wird im Protokoll festgehalten und zur Kenntnis genommen.

Adrian Tanner (Grüne) stellt den folgenden Antrag:

Über Motionen und Postulate, die abgeschrieben werden sollen, soll separat abgestimmt werden. Abgestimmt soll insbesondere über die Motionen Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 15, 25 und 27 sowie die Postulate 4, 5, 7, 12, 13

Wir hatten die Diskussion zum Thema "Abschreibungen" schon bei der letzten GGR-Sitzung geführt, und deshalb habe ich das erwähnte Vorgehen so vorgeschlagen.

Jedes Mal, wenn jemand eine Motion oder ein Postulat nicht abschreiben lassen möchte, würde ich das unterstützen. Ich würde mir wünschen, dass der Rat meinem Vorschlag zustimmt. So können wir auch ein wenig effizienter vorwärtskommen. Wenn wir nun bei jeder Motion resp. bei jedem Postulat argumentieren müssen, dann wird die Sitzung viel länger dauern.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Nur kurz zum Ablauf des Geschäftes:

Lukas Lanz (FDP) hat in seinem Antrag erwähnt, was er gerne im nächsten Verwaltungsbericht 2025 drin haben möchte. So wie ich das Votum verstanden habe, muss der Rat darüber entscheiden, ob er dies auch möchte. Ansonsten wäre es einfach ein Wunsch oder ein Hinweis, den der Gemeinderat nicht als formellen Auftrag zu erledigen hat.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Also, wir können das so machen. Ich halte einfach fest, dass wir jetzt den Verwaltungsbericht 2024 beraten. Über den Auftrag zuhanden Verwaltungsbericht 2025 können wir natürlich pro forma abstimmen. Ich lese den Antrag von Lukas Lanz (FDP) nochmals vor:

Die FDP.Die Liberalen-Fraktion beantragt, dass in den zukünftigen Verwaltungsberichten der Umfang von Drittleistungen im Rahmen der regulären und wiederkehrenden Verwaltungstätigkeit aufgezeigt wird.

A b s t i m m u n g

Der Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion wird mit 32 zu 0 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir kommen zum Antrag von Adrian Tanner (Grüne), der wie folgt lautet:

Über Motionen und Postulate, die abgeschrieben werden sollen, soll separat abgestimmt werden. Abgestimmt soll insbesondere über die Motionen Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 15, 25 und 27 sowie Postulate 4, 5, 7, 12, 13

A b s t i m m u n g

Der Antrag von Adrian Tanner (Grüne) wird mit 14 zu 5 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich stelle fest, dass Adrian Tanner (Grüne) bei den Motionen die Nr. 28 nicht erwähnt hat. Hier liegt jedoch noch der Änderungsantrag Nr. 2 der SVP-Fraktion zur Abstimmung vor.

Luca Alberucci (glp): Jetzt wird ein Abstimmungsmarathon stattfinden und ich finde es gut. Ich finde auch das Votum von Adrian Tanner (Grüne) gut, dass man diese Vorstösse im Zweifel nicht abschreibt. Wir haben die Demokratie.

Also, wenn ein Vorstoss seit über zwanzig Jahren vorliegt und nur Kosten generiert, dann bin ich persönlich der Meinung (das ist selbstverständlich nicht mit der Fraktion abgestimmt), dass man diesen Vorstoss heute Abend abschreiben sollte. Vor allem, wenn er nur Kosten generiert.

Deshalb wäre ich froh, wenn bei jenen Vorstössen, bei denen der Gemeinderat der Meinung ist, dass er Kosten generiert, dies kurz begründet, damit wir entsprechend das Abstimmungsverhalten ausrichten können.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Danke Luca Alberucci (glp) für deine Überlegungen. Ich weiss jetzt gerade nicht, welche Nummer es betrifft, aber es konnte dieser Vorstoss für "Behindertengerechtigkeit am Bahnhof" sichergestellt werden. Mit dem aufgelegten Projekt, das jetzt realisiert wird. Das Perron 1 ist mittlerweile so halbwegs behindertengerecht eingerichtet. Es löst zwar keine Kosten aus, aber der politische Wille ist noch nicht umgesetzt. Deshalb ist der zweite Punkt, den Luca Alberucci (glp) erwähnt hat, vom Vorgehen her für mich ebenfalls nachvollziehbar.

Der Gemeinderat ging aber in seiner Klausur auch davon aus, diese Projekte resp. Vorstösse, die durch Projekte realisiert werden sollen (--> die schon in der Planung sind) und das haben wir beim Bahnhof damals bereits gewusst, diese man abschreiben kann, auch wenn sie noch nicht erfüllt sind. Aber die Vorstösse, die einfach auf Halden bleiben, die kann man finanziell nicht beziffern. Sie liegen einfach auf den Halden und lösen in dem Sinn auch keine Kosten aus.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich bin jetzt nicht ganz sicher, geschätzte Präsidentin, ob wir jetzt jeden einzelnen Vorstoss durchgehen und zu

jedem noch etwas vom Gemeinderat sagen können oder nicht? Oder wird jetzt einfach abgestimmt?

Ich habe jetzt nicht mehr im Kopf, welche Nummern alle genannt wurden, und allenfalls würde ich dann schon zum einen oder anderen vielleicht noch etwas konkretisieren. Ich kann aber bereits etwas zur Unteren Zollgasse sagen, da diese direkt angesprochen worden ist.

- ① Ja Sandra Löhner (Mitte) du hast in diesem Sinn Recht. Die Velofreundlichkeit der Unteren Zollgasse hat sich verbessert. Sie ist aber noch nicht so umgesetzt, wie wir das gerne hätten. Der Grund ist, was wir bisher tun konnten, sind Sofortmassnahmen, welche wir mit Signalisierungen beobachten konnten. Sogenannte Abgrenzungen sind das, was wir realisiert haben. Was in der Planung ist und was wir aufgelegt haben, ist in dem Sinn eine Strassenüberbauungsordnung:
- dass wir ein Strassenniveau machen,
 - dass wir eine Verbreiterung haben, dort wo es möglich ist und
 - dass wir zusätzliche Velowege haben.

Das alles ist im Sachplan hinterlegt und im kantonalen Bereich der Regionalkonferenz überwiesen worden sowie im Agglomerationsprogramm festgelegt. Wir sind an der Arbeit und deshalb der Auffassung, dass wir die Motion jetzt so abschreiben können. Das ist eigentlich das Argument.

- ① Wenn du Sandra jetzt bis zur Umsetzung warten willst, dann wird es mit dem Aggloprogramm noch eine Weile dauern. Was wir im Moment tun konnten, haben wir bereits umgesetzt. Was nachher über den Kanton läuft, das dauert noch eine Weile.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP): Ueli Steiner (SVP) hat in seinem Votum vorgeschlagen, dass der Vorstoss "Contracting" bei der Umsetzung der Projektpläne für "Solarstromanlagen und Dachsanierungen" nicht abgeschrieben wird. Du hast es bereits erwähnt: Ein Grund, weshalb wir hier den Vorschlag gemacht haben, dass wir dies abschreiben, ist die finanzielle Situation. Aber auch wie wir an der GGR-Sitzung im Dezember 2024 aufgezeigt haben, haben wir einfach auch als Gemeinde eine grössere Unabhängigkeit, wenn wir unsere Solaranlagen selbst bauen können.

Aber auch zu deiner Frage, was ist mit dem überschüssigen Strom, den wir jetzt im Winter produzieren, wenn das Freibad diesen Strom nicht braucht? Wir sind bereit, mit Partnern (z. B. Wasserverbund oder der Tennishalle) einen sogenannten Zusammenschluss zum Energieverbrauch zu gründen, damit wir ihnen den überschüssigen Strom verkaufen können. Aktuell verkaufen wir unseren überschüssigen Strom der BKW.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich schlage vor, über sämtliche Motionen und Postulate einzeln abzustimmen. Wenn jemand die Diskussion wünscht, meldet sie sich bei mir. Die Abstimmung wird dann sofort vorgenommen.

Die Änderungsanträge Nr. 1 und 2 werden bei den entsprechenden parlamentarischen Vorstössen behandelt.

Adrian Tanner (Grüne): Ja, deine Aussage stimmt. Ich habe festgestellt, dass die Motion Nr. 4 nicht zur Abstimmung vorliegt. Es tut mir leid und die Nr. 4 ist nicht relevant.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Seit ihr mit dem von mir erwähnten Vorgehen einverstanden?

→ Dem Vorgehen wird einstimmig zugestimmt.

Also, wir stimmen zuerst über die Motionen ab.

A b s t i m m u n g

- Die Motion Nr. 1 wird einstimmig abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 2 wird einstimmig abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 3 wird einstimmig abgeschrieben.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir kommen zur Motion Nr. 5 - liegen Wortmeldungen vor?

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ja, der Gemeinderat beantragt die Abschreibung der "Motion der SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr" und zwar aus demselben Grund wie vorher erwähnt. Die Motion verlangt eine Planung und ein Konzept. Beides liegt bereits vor und wurde eingereicht. Die Realisierung braucht noch etwas Zeit.

Adrian Tanner (Grüne): Ich versuche mich sehr kurz zu fassen. Es gibt drei Motionen zum Thema "Veloverkehr" und sie sind alle im Agglomerationsprogramm.

Ja, das ist natürlich ein wichtiger Schritt, aber die Umsetzung ist noch nicht passiert. Deshalb finden wir es wichtig, dass das weiter verfolgt wird.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Motion? Keine, dann kommen wir wieder zur Abstimmung.

A b s t i m m u n g

- Die Motion Nr. 5 wird mit 23 zu 6 Stimmen abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 6 wird mit 30 zu 3 Stimmen abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 8 wird mit 32 zu 0 Stimmen abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 9 wird mit 26 zu 0 Stimmen abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 10 wird mit 31 zu 1 Stimmen abgeschrieben.

- Die Motion Nr. 11 wird einstimmig abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 13 wird mit 27 zu 6 Stimmen abgeschrieben.
- Die Volksmotion Nr. 17 wird mit 33 zu 0 Stimmen abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 21 wird einstimmig abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 22 wird einstimmig abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 23 wird einstimmig abgeschrieben.
- Die Motion Nr. 25 wird mit 26 zu 3 Stimmen abgeschrieben.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag Nr. 1 der Mitte-Fraktion.

Die Mitte-Fraktion beantragt, die überparteiliche Motion betreffend Velofreundliche Gestaltung der Unteren Zollgasse zwischen Unterdorfstrasse und Bolligenstrasse nicht abzuschreiben.

Gibt es Wortmeldungen?

Michael Mitter (Mitte): Diese überparteiliche Motion ist ursprünglich "auf meinen Mist gewachsen", weil ich einfach gesehen habe, dass der Veloverkehr in Spitzenzeiten massiv behindert wird, wenn man Richtung Kreuzweg (Kreisel) fahren muss. Die rechte Seite ist für den Velofahrer massiv blockiert. Es gibt kein Durchkommen.

In der Motion wird gezielt gefordert - vor dem Tram und nicht erst in 15 Jahren - das Anliegen zu erfüllen. Hier soll die Hauptausfahrtsachse entstehen, während wir infolge des Trambaus die Bernstrasse gesperrt haben.

Ich möchte dem Rat beliebt machen, diese Motion am Laufen zu halten, zumal das Parlament seinerzeit die Motion mit 35 zu 0 Stimmen angenommen hat.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich verstehe das Anliegen zu 100 Prozent, und wir möchten auch gerne vorwärts machen. Der Punkt ist, dass das Ganze nicht ganz so einfach ist. Wir können nicht einfach so Fruchtfolgeflächen wegradieren und wir können nicht von heute auf morgen einfach breitere Strassen bauen und so weiter.

Der Prozess hat sich beschleunigt. Doch ich lege meine Hand nicht ins Feuer, dass das Anliegen vor dem Bau der Traminie erfüllt werden kann. Es sind lange Prozesse und es liegt nicht an uns, denn uns sind dort häufig die Hände gebunden. Der Prozess hat sich durch die ganze «Campus-Diskussion» ein wenig beschleunigt. Wir sind dort auch mit dem Kanton im Gespräch (Landabtausch in UeO etc.). Wir halten wo nötig "den Fuss in die Türe": Wir stoppen den Campus, wenn der Kanton nicht mithilft. Aber ob es vor dem Trambau reicht - mitsamt all diesen Bemühungen - wage ich heute nicht zu versprechen.

Adrian Tanner (Grüne): Es geht ja heute auch darum, dem Gemeinderat gewisse "Rückendeckung zu geben", indem man die überparteiliche Motion aufrechterhält (bzw. allgemein bei denen, die man nicht abschreiben möchte).

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Wir stimmen über den **Änderungsantrag Nr. 1** von Sandra Löhner (Mitte) ab. Dieser lautet:

- *Die Mitte-Fraktion beantragt, die überparteiliche Motion «Velofreundliche Gestaltung der Unteren Zollgasse zwischen Unterdorfstrasse und Bolligenstrasse» ist nicht abzuschreiben.*

A b s t i m m u n g

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 22 zu 7 Stimmen angenommen. Somit wird die überparteiliche Motion (Nr. 27) **nicht** abgeschrieben.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Gut, jetzt geht es gleich weiter mit dem **Änderungsantrag Nr. 2** von Ulrich Steiner (SVP) mit dem Wortlaut:

Die Motion SVP-Fraktion betreffend Contracting bei der Umsetzung des Projektplans "Solarstromanlagen und Dachsanierung" ist aufrechtzuerhalten und nicht als erledigt abzuschreiben.

Gibt es Wortmeldungen dazu?

Ulrich Steiner (SVP): Besten Dank dem Gemeinderat für die Ergänzungen. Ich halte trotzdem an diesem Änderungsantrag fest. Gerade weil in dieser Branche die kommerziellen Bedingungen sehr volatil sind. Was in drei Jahren oder in fünf Jahren für Verhältnisse sind, wenn wieder ein Dach kommt, das wissen wir schlicht nicht. Aus diesem Grund möchte ich die Flexibilität behalten.

Adrian Tanner (Grüne): Die BKW hat ja jetzt gerade einen neuen "Sockeltarif von 6 Rappen pro Kilowattstunde und 3.5 Rappen dazu für den Herkunftsnachweis" eingeführt. Das ist nachher ab 2026 (wenn ich mir nicht irre) allgemein obligatorisch.

Inhaltlich finde ich es nicht sehr sinnvoll, die Motion aufrechtzuerhalten, aber vom Prozess her würde ich die Motion gerne unterstützen. Da wir vorhin keine Unterstützung erhalten haben, werde ich mich der Stimme enthalten.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor und wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Nr. 2** von Ulrich Steiner (SVP).

A b s t i m m u n g

Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mit 19 zu 0 Stimmen angenommen. Somit wird die Motion der SVP-Fraktion (Nr. 28) **nicht** abgeschrieben.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir fahren weiter mit dem Abstimmungsprozedere.

A b s t i m m u n g

- Die Motion Nr. 29 wird mit 33 zu 0 Stimmen abgeschrieben

2)

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nun kommen wir zu den **Postulaten**. Auch hier stimmen wir einzeln ab.

A b s t i m m u n g

- Das Postulat Nr. 1 wird mit 32 zu 0 Stimmen abgeschrieben.
- Das Postulat Nr. 2 wird mit 34 zu 0 Stimmen abgeschrieben.
- Das Postulat Nr. 4 wird mit 26 zu 3 Stimmen abgeschrieben.
- Das Volkspostulat Nr. 5 wird mit 30 zu 0 Stimmen abgeschrieben.
- Das Postulat Nr. 6 wird mit 34 zu 0 Stimmen abgeschrieben.
- Das Postulat Nr. 7 wird mit 31 zu 0 Stimmen abgeschrieben.
- Das Postulat Nr. 9 wird einstimmig abgeschrieben.
- Das Postulat Nr. 10 wird mit 34 zu 0 Stimmen abgeschrieben.

Peter Buri (SP): Ich unterstütze immer wieder Leute, die nicht so viel Einkommen haben. Für diese Personengruppe ist es selbst in Ostermundigen extrem schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Ich persönlich würde sehr begrüssen, wenn Ostermundigen da vermehrt auch ihre Verantwortung wahrnehmen und solchen Projekten den Vorzug geben würde, die Leuten mit niedrigem Einkommen günstigen Wohnraum anbieten.

2) 19.00 Uhr: Kerstin Kistler (SP) tritt der Sitzung bei. Neu sind **36 Ratsmitglieder** anwesend.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor und wir können mit dem Abstimmungsprozedere fortfahren.

Abstimmung

- Das Postulat Nr. 12 wird mit 21 zu 7 Stimmen abgeschrieben.
- Das Postulat Nr. 13 wird einstimmig abgeschrieben.
- Das Postulat Nr. 14 wird mit 34 zu 0 Stimmen abgeschrieben.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir haben nun noch über den "Verwaltungsbericht 2024" (gemäss Beschlussesziffer Nr. 1) abzustimmen.

Abstimmung

- Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2024 (Beschlussesziffer Nr. 1) wird einstimmig genehmigt.

Beschluss

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2024 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2024 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:

Motionen

#	Absender	Begehren	eingereicht	erheblich erklärt
1	Überparteilich	Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren	01.11.2007	13.12.2007
2	SP-Fraktion	Einkaufscenter Mösli-Ost	03.07.2008	01.09.2008
3	R. Unteregger (SP) + Mitunterzeichnende	Zugänglichkeit des 2. Perrons im Bahnhof Ostermundigen	11.09.2008	30.10.2008
5	SP-Fraktion	Freie Fahrt für den Veloverkehr	11.12.2008	22.01.2009
6	B. Hirt (Grüne)	Ja zur 2000-Watt-Gesellschaft	13.07.2011	27.10.2011
8	Überparteilich	Entwicklung entlang der Bahnlinie Ostermundigen	22.03.2012	28.06.2012
9	Überparteilich	Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Schulanlage Rüti	10.05.2012	13.09.2012

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 26. Juni 2025

10	Ch. Zeyer (SP) + Mitunterzeichnende	Mit der Sonne bauen	28.06.2012	25.10.2012
11	SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion	Verlagerung der Poststelle Ostermundigen 1 in ein künftiges Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum	03.07.2014	18.09.2014
13	Überparteilich	Velohauptachse Ostermundigen - Bern - Köniz	07.05.2015	22.10.2015
17	Volksmotion	„Sichere Schulhausplätze in Ostermundigen“ - kein unbefugter motorisierter Individualverkehr zu Unterrichtszeiten	17.09.2020	06.05.2021
21	Überparteilich	Einführung von Deutschbons für Ausländer:innen in Ostermundigen	28.10.2021	23.06.2022
22	Überparteilich	Schaffung einer ständigen Integrationskommission in Ostermundigen	28.10.2021	23.06.2022
23	Überparteilich	Umwandlung von mindestens einem Naturrasenspielfeld in ein Kunstrasenspielfeld	05.05.2022	01.09.2022
25	Überparteilich	Fehler korrigieren beim Bärenplatz	23.06.2022	23.06.2022
29	Überparteilich	Für eine Verbesserung der Organisation und der Abläufe bei der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen	07.12.2023	05.09.2024

Postulate

#	Absender	Begehren	eingereicht	erheblich erklärt
1	FDP-Fraktion	Massnahmen für Behinderte beim SBB-Bahnhof Ostermundigen	10.05.2007	28.06.2007
2	Überparteilich	Sport- und Kulturhalle Ostermundigen	11.09.2008	30.10.2008
4	SP/Grüne/Gewerkschaften	Koordination im öffentlichen Beschaffungswesen Zusammenarbeit aller Abteilungen	02.07.2015	10.03.2016
5	Volkspostulat	Verkehrsberuhigung des Rütiewegs und des ganzen Quartiers der Rüti Ostermundigen	14.09.2016	16.03.2017
6	Überparteilich	Verlegung der Sportplätze Rüti 1 und 2	18.05.2017	24.08.2017
7	Überparteilich	Nachhaltige Sportplätze in Ostermundigen	21.02.2019	19.12.2019
9	GLP/BDP-Fraktion	Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglements (WAR)	17.09.2020	06.05.2021
10	A. Tanner (Grüne)	Umwelt- und Klimakommission	17.09.2020	17.12.2020
12	Überparteilich	Für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen	24.06.2021	05.05.2022

13	Überparteilich	Prüfung einer Teilrevision des Baureglements	23.09.2021	24.02.2022
14	Überparteilich	Öffentlicher Zugang zu Defibrillatoren	04.05.2023	26.10.2023

Axioma #3453

10.13.91 Zusammenarbeitsformen

28. Projekt Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Fusionsverhandlungen mit Stadt Bern; Kreditabrechnung; Kenntnisnahme

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Gerhard Baumgartner (EVP): *"Les jeux sont fait, riens ne va plus."*

Die Mega-Übung ist abgeschlossen und der Souverän hat entschieden: *Ostermundigen will eigenständig bleiben*. Die damit entstandenen Kosten sind weniger hoch ausgefallen als prognostiziert wurde. Der dargestellte Aufwand akzeptiert die EVP-Fraktion und ist froh, dass er nicht höher ausgefallen ist.

Unser Verwaltungspersonal, vor Allem in leitenden Stellungen, wurde übermässig gefordert. Unzählige Sitzungen und Berichterstattungen mussten nebst dem obligaten Pensum erfüllt werden. Schlaflose Nächte konnten nicht als Überzeit deklariert werden, ebenso berufliche Zukunftsängste.

Der zusätzliche personelle Aufwand kommt in der Schlussabrechnung nicht zu Geltung. Die Vollkostenrechnung, die Produkt bestimmt ist, ist nicht mehr aktuell. Deshalb habe ich in der GPK angekündigt, im Parlament zwei Zusatzfragen zu stellen:

1. Wie viele Arbeitsstunden wurden für das Projekt "Kooperation mit Bern" aufgewendet?
2. Um welche Lohnsumme umfassen die zusätzlich aufgewendeten Arbeitsstunden?

Die EVP-Fraktion genehmigt die vorliegende Kreditabrechnung.

Sandra Löhner-Marti (Mitte): Die Mitte-Fraktion nimmt von der Kreditabrechnung Projekt "Kooperation Bern (KOBe)" Kenntnis.

Mit der KOBe-Kreditabrechnung ziehen wir auch einen Schlussstrich unter das Projekt der Fusion mit der Stadt Bern. Der ideale Zeitpunkt, um sich ein paar Gedanken über den jüngsten Teil der Ostermündiger Geschichte zu machen.

- Der finanzielle Abschluss ist sehr erfreulich, indem die Kredite unterschritten wurden. Dies zum Teil auch, weil viele Arbeiten von eigenem Personal erledigt wurden. Wir danken den Verantwortlichen für die geleisteten Mehrarbeiten.
- Die Tatsache, dass hier weniger "Honorare für externe Beratungen" in Anspruch genommen werden mussten, könnte man nun auch zum Anlass nehmen, sich bei anderen Projekten zu überlegen, ob es ohne teure, externe Beratungen gehen würde.
- Die Fusion ist von unserer Gemeinde abgelehnt worden. Die Klarheit des Ergebnisses machte es den Befürwortern leichter, dieses zu akzeptieren, was im Nachgang der Abstimmung auch unschöne Streitereien verhindert hat.

- Der Fusionsprozess hat zu einer intensiven Debatte über die Identität unserer Gemeinde geführt, die unseres Erachtens sogar noch tiefer hätte gehen können. Insbesondere bedauern wir, dass sich die SVP als grosse Partei nicht an der Diskussion in der Begleitgruppe um zentrale Fragen über die Zukunft der Gemeinde beteiligt hat. Aus unserer Sicht eine verpasste Chance!
- Wir hätten uns auch gewünscht, dass der Fusionsprozess über die Abstimmung hinaus mehr Eigeninitiative auslösen würde mit dem Ziel, unsere Identität als eigenständige, attraktive und lebenswerte Gemeinde zu stärken. Es gibt sie zwar, wie beispielsweise die Art und Weise, die Übergangszeit im «Tell» sinnvoll zu nutzen. Aber es müssten unserer Meinung nach noch mehr sein.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich beginne bei den Fragestellungen von Gerhard Baumgartner (EVP), wir haben sie ja bereits in der Geschäftsprüfungskommission besprochen.

1. Siehe GGR-Botschaft, Seite 3

Dort steht ziemlich in der Mitte der Botschaft unter dem Kapitel "Phase 2 - Projektunterstützung Ostermundigen" im letzten Abschnitt: ... *Die geschätzten Kosten der internen Arbeitsaufwände in den Jahren 2021-2023 zugunsten des Projekts Coop beliefen sich auf ungefähr 100'000 Franken.*

Das haben wir geschätzt - und ich möchte es unterstreichen, es ist eine Schätzung. Was ich noch mitteilen kann, ist, dass wir in der GPK auch über die Produktrechnung diskutiert haben. Die Gemeindeschreiberin hat als Einzige für sich selbst minutiös rapportiert, und zwar von August 2019 (also es war bereits Phase 1) bis und mit zum letzten Eintrag im Dezember 2023. Sie hat aber nicht nur sich selbst rapportiert, sondern auch unsere Studierende, die bei uns arbeitet. Ich kann nicht genau sagen, was das alles kostet. Aber über diese Zeitspanne betrug der Aufwand unserer Gemeindeschreiberin 14 Prozent auf ihrem gesamten Arbeitspensum. Ich kann das jetzt nicht in Zahlen umrechnen, was das Lohnkostenmässig anbelangt.

2. Der zweite Punkt ist,

dass der Finanzverwalter, die Personalchefin sowie die Gemeinderätin Aliko Panayides ebenfalls eine Riesenarbeit gemacht haben. Wir haben manchen frühen Morgen im Erlacherhof der Stadt Bern verbracht oder wir hatten irgendwelche Sitzungen online. Der Zeitaufwand von Aliko und meinerseits haben wir nicht festgehalten. Ich glaube, das geht ein wenig ins Votum hinein, das Sandra Löher (Mitte) vorher auch im Vergleich zu anderen Gemeinden gesagt hat. Das kann ich mittlerweile ein wenig beurteilen. Das gilt jetzt auch für alle anderen Projekte. Wenn ich schaue, welche Projekte wir im Moment am Start haben, dann gilt das für alle sechs nebenamtlichen Mitglieder des Gemeinderats.

3. Und noch ein "Blick in die Zukunft"

Der von Sandra Löhrer (Mitte) angesprochene Punkt hat sich der Gemeinderat im letzten Jahr - aber auch in diesem Jahr - unter zwei Klausuren sehr intensiv (aus verschiedensten Perspektiven mit der Zukunft) auseinandergesetzt. Ein ganz konkretes Produkt wird der Gemeinderat am nächsten Dienstag in einer ersten Lesung beraten. Es sind dies die "Legislativziele 2025 - 2028". Ich kann heute nicht vorwegnehmen, was der Gemeinderat dort wirklich beschliesst.

Aber unser Plan ist, dass wir die Legislaturziele an der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 4. September 2025 vorstellen werden.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die Kreditabrechnung über das Projekt «Kooperation Ostermundigen Bern», abschliessend mit der Kostensumme von CHF 235'749.05 (inkl. MWSt.) wird zur Kenntnis genommen.

Axioma #3327

52.6.41 Bereitstellungsanlage 3 / Q-KP, Sanitätshilfsstelle 3 (Dennigkofen)

29. Schutzanlagen Dennigkofen und Mösli; Umnutzung in öffentlichen Schutzraum; Kreditabrechnungen; Kenntnisnahme

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

- ① Ich habe noch eine wichtige Anmerkung: Das Geschäft ist eine "Kenntnisnahme" und keine "Genehmigung".

Myriam Zürcher (EVP): Die Schutzanlagen Dennigkofen und Mösli wurden zu öffentlichen Schutzräumen umgebaut.

In der Botschaft steht noch dieser Zusatztext: „mit allfälligen Zusatznutzungsmöglichkeiten«. Was genau ist mit diesen *Zusatznutzungsmöglichkeiten* gemeint und was bedeuten diese für die Gemeinde Ostermundigen?

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Besten Dank für dies Frage. Es ist möglich, dass man zum Beispiel diese Räume bei der Musikschule nutzen könnte. Das ist eine der Möglichkeiten und deshalb haben wir auch die separate Schliessanlage inkl. Zusatzkosten auf uns genommen. So kann man Teile davon abtrennen und mit Sachen nutzen, bei denen Lärmbelästigung manchmal ein Thema ist. Vielleicht können wir da einmal eine Rockband trainieren lassen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Kreditabrechnung für den "Umbau der Zivilschutzanlage Dennigkofen"; Planungskredit und Verpflichtungskredit, abschliessend mit einem Gesamtaufwand von CHF 1'142'251.25 und der Kostenrückerstattung von insgesamt CHF 1'136'964.00, wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Kreditabrechnung für den "Umbau der Zivilschutzanlage Mösli"; Planungskredit und Verpflichtungskredit, abschliessend mit einem Gesamtaufwand von CHF 213'988.30 und der Kostenrückerstattung von insgesamt CHF 212'458.00, wird zur Kenntnis genommen.

----- 20-minütige Pause -----

Axioma #9879
20.3.01 Jahresrechnungen

30. Jahresrechnung 2024; Genehmigung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Eine Tischaufgabe als Ergänzung zu diesem Geschäft wurde verteilt. Diese Darstellung wurde bereits am Informativanlass aufgezeigt (Kapitel 1 - "Aufteilung der Ausgaben und Einnahmen Gesamthaushalt"). In Kapitel 2 wird eine "Korrektur Ertrag Budget 2024 Bericht Jahresrechnung 2024, Seite 27" abgebildet.

Beim vorliegenden Geschäft geht es um die Genehmigung der revidierten Jahresrechnung 2024. Die Revisionsstelle, die Finanzkommission und der Gemeinderat beantragen Zustimmung.

Ich erlaube mir, auf zwei Aspekte einzugehen:

1. Der allgemeine Haushalt schliesst mit einem Aufwandüberschuss (Verlust) von 1,2 Mio. CHF ab. Das ist nicht erfreulich. Zwar schliessen wir leicht besser als budgetiert ab, das ist aber ein schwacher Trost. Sollten die Aufwandüberschüsse in den nächsten Jahren in etwa gleichbleiben, wären die Reserven in fünf Jahren aufgebraucht.
2. Zu den Reserven im weiteren Sinn:
 - a. Bilanzüberschuss: 6,9 Mio. CHF (Reserven wie oben erwähnt)
 - b. Finanzpolitische Reserve: 0
 - c. Mehrwertabgabe: 7,7 Mio. CHF (in der Bilanz nicht im Eigenkapital aufgeführt)

Insgesamt verfügen wir also über «Reserven im weiteren Sinn» von rund 14,6 Mio. CHF. Reserven sind grundsätzlich Gewinnüberschüsse aus der Vergangenheit.

Das war der Blick zurück. Schauen wir nun in die Zukunft. Budgets und Jahresrechnungen sind grundsätzlich ein Abbild vergangener Entscheidungen. Anders gesagt, was genehmigt ist, landet auch automatisch in den Budgets und in den Jahresrechnungen. Wollen wir also die nächsten Budgets und die nächsten Jahresrechnungen aktiv beeinflussen, geht das praktisch nur mit strikter, konsequenter und nachhaltiger Ausgabendisziplin. Hier meine ich primär neue Geschäfte bzw. Nachkredite.

Wir müssen Prioritäten setzen und anschliessend nur das umsetzen, was wir uns leisten können. Das kann bedeuten, dass bereits genehmigte Geschäfte zugunsten anderer Geschäfte nicht umgesetzt werden. So haben wir eine gute Chance, das strukturelle Defizit nachhaltig zu senken.

Gerhard Baumgartner (EVP): Jedes Jahr können wir in den Spiegel schauen und uns fragen: *Wo ist das Geld hingekommen?* Alle wünschen wir uns Jahr um Jahr eine ausgeglichene Rechnung vorgelegt zu bekommen. Dieser Wunsch bleibt auch im vergangenen Jahr nicht erfüllt.

Danke Thomas Lauener und Gerardo Grasso für die kompetenten Informationen die Licht in den Dschungel-Salat gebracht haben. Die Rechnungsführung ist transparent und mit den Zusatzinformationen für den Laien sind nicht erklärbare Aktionen nachvollziehbar.

Ja, nach dem vergangenen Rechnungsjahr liegt ein neues Rechnungsjahr vor uns. Wir wurden informiert, dass durch die nicht voraussehbaren Transferzahlungen an den Kanton ein höheres Defizit ausgewiesen wurde. Als Parlament ist eine mögliche Einflussnahme zur Verbesserung des Jahresabschlusses sehr beschränkt.

Prognosen auf den kommenden Budgetprozess gestalten sich schwierig. Das verhält sich wie mit den Wetterprognosen bei den «Muotathalern»!

- Bleiben wir mit unseren Ansprüchen zurückhaltend und verhalten uns als Parlamentsangehörige so, wie wir in unserem privaten Bereich entscheiden und handeln würden.

Die EVP-Fraktion genehmigt die Jahresrechnung 2024.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt die Besserstellung der Jahresrechnung 2024 gegenüber dem Budget gerne zur Kenntnis. Noch lieber hätten wir aber ein noch besseres Ergebnis im Gesamthaushalt gesehen; nämlich statt einem Defizit von 1'722'214.42 Franken nur eines von 307'219.42 Franken. Gerne erkläre ich, wie die SVP-Fraktion darauf kommt.

Seit der Einführung von HRM2 im Jahr 2016 können die Anschlussgebühren der Wasserversorgung respektive Abwasserentsorgung an die jährlichen Einlagen in die Spezialfinanzierungen Werterhalt angerechnet werden. Dies hat die Gemeinde Ostermundigen bisher nie getan. Dadurch wurden die Anschlussgebühren jedes Jahr doppelt in den Werterhalt eingelegt. Für das Rechnungsjahr 2024 hat die Abteilung Tiefbau und Betriebe nun aber gestützt auf eine externe Finanzanalyse und die Informationen des Kantons in den Berechnungsblättern für die Einlagen in die "Spezialfinanzierung Werterhalt" auf den Seiten 77 und 78 der Jahresrechnung die Anschlussgebühren in Abzug gebracht. In der Jahresrechnung 2024 wurden diese Abzüge dann jedoch in den Konti 3510.10 der Wasserversorgung (siehe Seite 118) und der Abwasserentsorgung (siehe Seite 119) nicht berücksichtigt. Dadurch wurden nun auch für das Rechnungsjahr 2024 bei der Wasserversorgung 458'160.00 Franken und bei der Abwasserentsorgung 956'835.00 Franken doppelt in die "Spezialfinanzierungen Werterhalt" eingelegt. Gemäss Auskunft in der GPK-Sitzung von letzter Woche (siehe Protokoll, Seite 28) wende Ostermundigen damit die «vorsichtigere Variante» an. Aus Sicht der SVP-Fraktion hätten aber problemlos die Berechnungsblätter auf den Seiten 77 und 78 der Jahresrechnung berücksichtigt werden können. So wären die Erfolgsrechnungen der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung um die doppelt eingelegten Anschlussgebühren entlastet worden, das Ergebnis der Spezialfinanzierungen wäre nicht defizitär und jenes des Gesamthaushaltes wie erwähnt um 1'414'995.00 Franken besser.

Die SVP-Fraktion verlangt heute keine Korrektur der Jahresrechnung 2024, behält sich in der Abstimmung dazu aber Stimmenthaltungen vor. Ab Jahresrechnung 2025 will die SVP-Fraktion, dass die Berechnungsblätter für die Einlage in den Werterhalt der Abteilung Tiefbau und Betriebe jeweils korrekt berücksichtigt werden. Falls erforderlich, werden wir dies mit einer Motion verlangen.

Oliver Tamàs (glp): Die Jahresrechnung 2024 ist negativ mit einem Defizit im Allgemeinen Haushalt von rund CHF 1,2 Mio. Im vergangenen Jahr (Rechnung 2023) waren es nur CHF 400'000, davor im Jahr 2022 aber sogar fast 3 Mio. Anhand dieser Ergebnisse sehen wir keine klaren Tendenzen und auch unsere Finanzexperten geben offen zu, dass eine genaue Planbarkeit resp. das Ergebnis in erster Linie von den Transferzahlungen mit dem Kanton abhängen und diese kaum voraussehbar sind.

Was wir sehen, sind höhere Steuereinnahmen um jährlich 4 bis 5 Prozent und hohe Mehrwertabschöpfungen, welche das Ergebnis deutlich verbessern. Aber auch immer kleinere Bilanzüberschüsse, schmelzende Reserven, die wohl nur noch ein paar Jahre reichen.

Für die GLP-Fraktion ist daher klar, dass wir die steuerbaren Ausgaben wie Personal- und Betriebskosten in den Griff bekommen müssen. Ein haushälterischer Umgang muss möglich sein. Die neu zwei Budgetlesungen im GGR sollen uns dabei helfen.

- Wir beantragen deshalb hiermit resp. im Nachgang, dass im zukünftigen Budgetprozess ab 2025 neu auch eine "Stellenplanung mit Anzahl FTE und Anzahl Stellenprozente pro Abteilung im Jahresvergleich" aufgenommen wird.

Wir danken dem Gemeinderat für die umfassende und gute Zusammenstellung der Jahresrechnung und werden diese genehmigen. Wir freuen uns bereits auf die erste Budgetlesung am 4. September 2025.

Jörg Renner (SP): Es sind schon viele Zahlen gefallen, und ich brauche es gar nicht zu wiederholen. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat die Jahresrechnung 2024 ebenfalls zur Kenntnis genommen. Wir wollen uns auch bei der Gemeindeverwaltung und beim Gemeinderat bedanken, auch für den Infoanlass, an dem wir noch viele Informationen erhalten haben, um es besser einzuordnen.

Wir haben viele Projekte und eine interessante Zukunft vor uns. Aber wenn man die Zahlen so anschaut - trocken, dann merkt man eigentlich, dass uns Eigenmittel fehlen und die Verschuldung steigt.

1. Ich habe mir ein Beispiel herausgepickt:

Die Nettoverschuldung pro Einwohner betrug Ende Jahr 1'524 Franken, das heisst, es hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Wenn man das Linear weiterführen würde, hätte man eigentlich im März 2027 unser selbstgestecktes Ziel von 2'000 Franken überschritten und unsere Ampel müssen auf Rot springen.

2. Das zweite Beispiel, das ich mitgebracht habe, ist die "Mehrwertabschöpfung":

Das ist ein schwieriges Thema. Soll ich sagen, da ist in Zukunft ein grosses Potenzial von 25 bis 30 Millionen Franken vorhanden, wenn wir da an O'mundo und diverse Überbauungen denken. Heute fliesst ein Großteil der Mehrwertabschöpfung in die "Neutralisierung von Abschreibungen". Wenn man diese Praxis weiterverfolgt, dann hätte man eigentlich am Ende des Jahres 2030 jetzt aus meiner Rechnung noch 6,5 Millionen Franken übrig, womit die eigentlichen Massnahmen wie - «mehr Massnahmen für Raumplanung», schauen «mit der Verdichtung von Bauen», «Siedlungsausdehnung reduzieren» etc. - nicht mehr viele finanzielle Reserven haben.

Auf der einen Seite ist die Mehrwertabschöpfung ein sehr verlockendes Finanzelement. Aber es ist endlich und endet im schlimmsten Fall mit einem bösen Erwachen. Irgendwann haben wir keinen Platz mehr und irgendwann ist alles aufgewertet. Spätestens dann haben wir Mühe, uns zu finanzieren.

Viele Projekte ermöglichen uns eigentlich, diese Sachen zu machen. Sie stellen uns aber auch vor grosse Herausforderungen und O'mundo, wie erreicht man zum Beispiel eine ausbalancierte, soziale Durchmischung in unserer Gemeinde. Wie können wir weiterhin attraktiv bleiben? Aber auch bezahlbarer Wohnraum ist wichtig. Oder auch aus meiner Sicht, je mehr Projekte wir starten, umso mehr Verwaltungsaufwand haben wir, den wir letztendlich irgendwie finanzieren müssen (während den ganzen Bauphasen, die wir vorhaben).

Wenn man das zusammenfasst, denkt man auch, dass der Budgetprozess immer wichtiger wird. Wir müssen schauen, welche übergeordneten Ziele die Gemeinde hat. Wo wollen wir hinkommen? Und für die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist es sehr wichtig, dass wir attraktiv bleiben - für alle Bevölkerungsschichten und eine hohe Lebensqualität haben.

Trotz der schwierigen Situationen und Defiziten wird die Fraktion der Genehmigung der Jahresrechnung 2024 zustimmen.

Béla Filep (Mitte): Ich möchte nur vorausschicken, die Mitte-Fraktion wird die Jahresrechnung 2024 genehmigen.

Wir haben aber noch eine Frage zu den Spezialfinanzierungen:

- Wie gedenkt der Gemeinderat, die Mittel oder die langfristigen Kosten im Bereich "Abfallbewirtschaftung" in den Griff zu bekommen?
Wir hatten einen Aufwandüberschuss von fast 700'000 Franken. Und wenn wir richtig gerechnet haben, würde das vielleicht noch für drei bis vier Jahre reichen, wenn wir so weiterfahren.

Vielleicht gibt es dazu noch eine Stellungnahme des Gemeinderats?

Christoph Leiser (FDP): Vorab: die FDP.Die Liberalen-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und genehmigt somit die Jahresrechnung 2024. Wir danken allen mit der Erstellung der Jahresrechnung involvierten natürlichen und juristischen Personen.

In den letzten 9 Jahren habe ich immer +/- die gleichen öden Kommentare zum Defizit abgegeben - leider abgeben müssen, eine Trendumkehr oder so war leider kaum zu erkennen. Darum lasse ich das heute.

Ein "Kränzli winde" ich heute euch allen --> das Budget «GGR (Konto 101)» wurde nur in etwa zu 1/3 beansprucht; bravo - wir haben alle bereits gespart!

Ich habe mich dafür mit meinem amerikanischen Studiumskollegen *Chad GroPenTach* (Chat GPT) über die Jahresrechnung unterhalten. Er meinte dazu lapidar:

"Die Jahresrechnung 2024 der Gemeinde Ostermundigen schliesst mit einem negativen Ergebnis im "Allgemeinen Haushalt "von über CHF 1,2 Mio. ab. Damit liegt das Ergebnis unter dem budgetierten Defizit, was jedoch die strukturellen Herausforderungen der Gemeindefinanzen nicht relativiert."

Mein Einwand: Ohne den weissen Ritter «übrige Erträge» von über CHF 1 Mio. würde es "zap-penduster aussehen"!

Ursachen des Defizits

Das Defizit ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen:

- *Strukturelle Schieflage: Die laufenden Ausgaben übersteigen die Einnahmen bereits seit mehreren Jahren. Insbesondere in den Bereichen Lohnaufwand, Soziales und Infrastruktur steigen die Kosten kontinuierlich.*
- *Einmaleffekte: Höhere Aufwendungen im Sozialbereich (Transferaufwand), haben das Ergebnis zusätzlich belastet.*
- *Investitionen und Abschreibungen: Die Investitionen der letzten (und kommenden) Jahre (z. B. in Schulen, Verkehrsinfrastruktur) führen und werden führen zu steigenden Abschreibungen und Kapitalzinsen, die nun die Rechnung belasten und belasten werden.*

Keine Steuererhöhung - aber Handlungsbedarf

Trotz des Defizits wurde und muss bewusst auf eine Steuererhöhung verzichtet werden. Dies entspricht dem politischen Willen, die Bevölkerung in einer wirtschaftlich angespannten Zeit nicht zusätzlich zu belasten. Dennoch ist klar: Ohne strukturelle Massnahmen lässt sich die Finanzlage mittelfristig nicht stabilisieren.

Nächste Schritte / Massnahmen

- *Aufgaben- und Ausgabenüberprüfung aller Verwaltungsbereiche, mit dem Ziel, Ineffizienzen zu erkennen und Einsparpotenziale zu nutzen. ALÜ lässt grüssen!*
- *Digitalisierung und Optimierung von Prozessen zur langfristigen Entlastung der Personalkosten.*
- *Förderung der Standortattraktivität, um mittelfristig zusätzliche Steuererträge aus Unternehmen und qualifizierten Zuzügen zu generieren.*
- *Investitionsplanung priorisieren: Notwendige Projekte werden durchgeführt, jedoch mit einer strengen Kosten-Nutzen-Bewertung.*
- *Ausgaben beschränken und insbesondere strikt keine nicht absolut zwingenden Mehrausgaben generieren. Ansonsten Einsparungen in gleicher Höhe wie gesprochene Nachkredite durchsetzen.*

Schlussfolgerung

Das vorliegende Defizit ist ernst zu nehmen - aber kein Grund zur Panik. Es ist ein Weckruf, die Finanzen der Gemeinde Ostermundigen konsequent und nachhaltig auszurichten. Die Menschen sind sich dieser Verantwortung bewusst und werden entsprechende Massnahmen mit Augenmass, aber auch mit Entschlossenheit umsetzen!«

Chad, merci für deine Einschätzung - allenfalls glaubt ihr ja der künstlichen Intelligenz mehr als der biologischen in den letzten acht Jahren.

Der "Lackmustest" steht uns in Kürze bevor: Ich verweise auf Traktandum Nr. 33 wo erstmals Farbe bekannt werden könnte! Selbstverständlich wird auch diese Ausgabe trotz den hier erfolgten Voten ohne weiteres durchgewinkt werden - da nützt nicht einmal mehr die künstliche Intelligenz etwas.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Man hat es wahrscheinlich nicht erwartet, dass ich hier zu diesem Thema etwas Sprechen werde. Da aber die «Spezialfinanzierungen» bereits diverse Male angesprochen worden sind, möchte ich trotzdem gerne kurz etwas dazu sagen:

1. Primär sind die Spezialfinanzierungen nicht dafür da, den "Allgemeinen Haushalt" zu sanieren. Vielmehr sind sie zweckorientiert, genau für das da, wofür sie aufbaut wurden: nämlich Abfall für Abfall, Wasser für Wasser, Abwasser für Abwasser. Jetzt ist es so, dass wir das sehr genau planen und auch machen können. Beim Abfall ist es sehr bewusst, dass das Defizit jetzt gewollt ist. Was wir da nicht machen wollen, ist ein Vermögen anhäufen (durch diese Abfallgebühren). Als dann haben wir irgendeinmal den Preisüberwacher in der Verwaltung. Das ist nicht die Idee einer "Spezialfinanzierung Abfall". Wir hatten dort relativ viel hinterlegt und angehäuft. Nun haben wir es bewusst mit der Anschaffung von neuen Kehrtraktoren abgebaut. Mittelfristig werden wir die Gebühren anpassen müssen, aber noch nicht heute und morgen. Aber das ist auf dem Radar. Diese Spezialfinanzierung ist einfach für den Abfall.
 - Aber um dort die Angst zu nehmen: Wir schauen es an. Das ist eine langfristige Rechnung, die wir dort machen (auch mit Abschreibungen etc.).
2. Wasser/Abwasser: Auch hier geht es darum, dass wir nicht wahnsinnig viel Vermögen äufnen. Dort kommen aber grosse Investitionen auf uns zu (Tram, Bernstrasse, alle Leitungen etc.), und das ist auch weitsichtig so geplant und wird so hinterlegt. Markus Truog (SVP), du kennst diese Zahlen bestens, sie kommen von dir. Von daher funktioniert die Spezialfinanzierung hier genau gleich: Wir legen sie ein, um nachher diese Investitionen tätigen zu können. Wir sind bei den Wassergebühren. Diese haben wir im letzten Jahr gesenkt. Wir haben sie an die Wasserverordnung angepasst, um dort nicht mehr Vermögen anzuhäufen.
 - Die Präsentierung ist eine Gegenüberstellung von "Spezialfinanzierungen" und "Allgemeinem Haushalt". Aber grundsätzlich ist die Spezialfinanzierung in sich geschlossen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich habe noch kurze eine Frage an die glp-Fraktion: Der im Votum von Oliver Tamàs erwähnte Antrag, kann als parlamentarischer Vorstoss eingereicht werden. In welcher Form soll das Geschehen?

Oliver Tamàs (glp): Eine gute Frage! Diese haben wir uns auch bereits gestellt. Wie können wir es machen, damit unser Anliegen bereits in den Budgetprozess 2026 einfließt (evtl. mit einer dringlichen Motion)?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Aufgrund des veränderten "Terminplan 2025" für den Budgetprozess 2026 wird der Gemeinderat bereits am 1. Juli 2025, also nächsten Dienstag, das «Budget 2026» erstmals beraten.

Ich muss dem Parlament offen und ehrlich sagen: Es ist ein wenig ambitiös, eine Personalplanung bis 1. Juli 2025 zu machen, wenn wir die Perspektive, wie es gefordert ist, aufzeigen können wollen. Damit will ich nicht sagen, dass ich den Antrag, den ich nachvollziehen kann, in diesem Sinn schlecht finde. Wir müssen schauen, wie wir alles termingerecht erledigen können.

Die zweite Lesung findet am 22. Juli 2025 statt, und das mag jetzt nach sehr viel Zeit tönen, aber es ist einfach auch bei uns so, dass wir relativ viele Ferienabwesenheiten haben. Am 22. Juli 2025 müssen wir sämtliche notwendigen Akten genehmigen können, um den Terminplan nicht zu brüskieren. Denn schon am 4. September 2025 soll dieses Geschäft erstmals im GGR beraten werden. Es ist gerade ein wenig sehr eng, wenn ich schaue, wer von den Abteilungsleitungen anwesend ist. Der Gemeinderat muss mit den Abteilungsleitenden zusammensitzen, und ich weiss nicht, ob wir das Schaffen.

Ich könnte mir vorstellen und das wäre ein möglicher Vorschlag, dass die glp-Fraktion diesen Vorstoss so formuliert, dass dieser für die GGR-Sitzung vom 20. November 2025 resp. für die zweite Lesung beantwortet werden kann. Alles andere ist nicht seriös. Ob die Form - als Postulat oder als Motion zu überweisen - die Richtige ist, dass müssen letztendlich die Mitunterzeichnenden entscheiden.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich gebe dir Oliver Tamàs (glp) den Entwurf des politischen Vorstosses zurück. Dieser kann anschliessend unterschrieben dem Ratssekretär abgegeben werden.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Jahresrechnung 2024 wird genehmigt.
2. Der Grosse Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass keine Nachkredite in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates vorliegen.

3)

³⁾ 20.18 Uhr: Christoph Leiser (FDP) verlässt die Sitzung. Es sind **35 Ratsmitglieder** anwesend.

Axioma #10102

20.3.31 Rechnungsprüfung, Revision

31. Wahl externe Revisionsstelle für die Prüfung der Jahresrechnungen 2025 bis 2028; Genehmigung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Das Mandat mit der Firma BDO AG als externe Revisionsstelle wird bis 2028 verlängert.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt und ermächtigt, mit der Revisionsstelle eine der Offerte entsprechende Vereinbarung abzuschliessen und den Auftrag zu vergeben.

Axioma #10454
10.3.72 Motionen

32. Überparteiliche Motion betreffend keine Standmiete für Ostermundiger Vereine am Mundige Fescht; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern.

Kerstin Kistler (SP): Besten Dank für die Beantwortung der Motion.

Die Vereine sind unser Herz und unsere Seele jeder Gemeinde. Sie bringen Menschen zusammen, fördern das soziale Miteinander und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu unserem kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Die Vielfalt der Vereine bereichert unsere Gemeinde und stärkt den Zusammenhalt. Deshalb ist es von enormer Bedeutung, dass die Gemeinde das Engagement dieser Organisationen und die nötigen Ressourcen und Möglichkeiten bietet, sich zu präsentieren. Ein solches Fest, wie das «Mundige Fescht», ist eine wunderbare Gelegenheit, den Vereinen eine Bühne zu bieten.

Doch die Kosten für eine Standmiete können für viele kleine oder finanziell wenig starke Vereine eine unüberwindbare Hürde darstellen. Insbesondere für Organisationen, die auf eine ehrenamtliche Arbeit angewiesen sind und deren Budget oft gar sehr begrenzt ist, wäre es eine enorme Entlastung, wenn zumindest diese kostenfrei teilnehmen können. Durch eine kostenfreie Standmiete können die Vereine ohne finanziellen Druck ihr Angebot und ihr Programm vorstellen. Potenzielle neue Mitglieder gewinnen und das Gemeinwohl weiter fördern. Das ist nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch eine Zukunftsfähigkeit für unsere Vereine. Ohne die Möglichkeit, sich zu präsentieren zu können, verlieren die Vereine eine wertvolle Chance, neue engagierte Mitglieder zu gewinnen.

Und was letzte oder vorletzte Woche vom BASPO mitgeteilt wurde, für die Jugend- und Sportförderung noch weniger Geld abzugeben, auch daran muss man denken. Es ist nicht einfach für unsere Vereine, die am «Mundige Fescht» keinen Profit machen. Darum bitte ich das Parlament, diese Motion zu überweisen.

Béla Filep (Mitte): Die Mitte-Fraktion unterstützt das Anliegen der Motion, die Standmiete den Vereinen auch schon am «Mundige Fescht» 2025 zu erlassen. Wie der Gemeinderat in seiner Stellungnahme geschrieben hat, unterstützt die Gemeinde Ostermundigen die Vereine schon auf verschiedenen Seiten. Wir sind aber der Meinung, dass der Einnahmefall in diesem Sinn klein genug ist, um die Vereine und ihr Engagement am Fest mit dem Erlassen dieser Standmiete zu unterstützen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 23 zu 5 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend keine Standmiete für Ostermundiger Vereine am «Mundige Fescht» wird begründet und erheblich erklärt.

Axioma #10305
10.3.72 Motionen

33. Überparteiliche Motion betreffend Solarprojektwochen für Jugendliche in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern.

Kathrin Ernst (Grüne): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Motion.

Vielleicht habt ihr es selbst auch in der Bantiger Post gelesen: Am 15. Mai 2025 war der "SolarButterfly" im Schulhaus Mösli zu Besuch, ein komplett "autarkes Tinyhouse" mit 40 m² Solarzellen, welches seit 2022 um die Welt tourt mit dem Ziel, 1'000 Klimaschutzprojekte und 1'000 Schulen zu besuchen.

Wie dieser Besuch eindrucksvoll gezeigt hat, können solche Projekte jungen Menschen die Bedeutung von Solarenergie und Klimaschutz direkt näherbringen und die Schülerinnen und Schüler inspirieren. Ein Dank an die Abteilung Hochbau Ostermundigen und ihrer Dienststelle für Energie, Nachhaltigkeit & Klima für die Organisation dieses Besuchs, der nichts mit dieser Motion zu tun hatte.

Es ist grossartig, in der Stellungnahme des Gemeinderats zu lesen, dass bereits neun weitere Solaranlagen vorgesehen sind, von welchen sich sieben potenziell für ein Solarprojekt mit Jugendlichen eignen. Die Durchführung eines "Solartags für Jugendliche in Ostermundigen", wie es der Gemeinderat vorschlägt, ist nicht nur ein Schritt in Richtung nachhaltiger Energiezukunft, sondern auch eine wertvolle Bildungsinitiative und schafft eine Verbindung zur Berufswelt, die in Zukunft immer mehr Fachkräfte im Bereich der erneuerbaren Energien benötigen wird.

Die Solartage bieten den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, praxisnah an der Installation von Solaranlagen mitzuarbeiten und somit ein tieferes Verständnis für erneuerbare Energien zu entwickeln. Die Integration solcher Projekte in den Unterricht kann die Motivation und das Interesse der Jugendlichen für Naturwissenschaften und Technik steigern.

Die Fraktion Grüne und SP wird diesen Vorstoss annehmen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die Umwandlung der Motion in ein Postulat wird von Seiten Gemeinderat befürwortet. Dazu erfolgt noch die Stellungnahme der Departementsvorsteherin Hochbau.

Sandra Löhner-Marti (Mitte): Die Mitte-Fraktion wird die Motion ablehnen.

Grundsätzlich unterstützt die Mitte-Fraktion Jugendsolarprojekte an den Schulen Ostermundigens. Mein Sohn durfte kürzlich am Projekt "Solarbutterfly" ebenfalls teilnehmen. Die Forderung der Motion, dass die Schülerinnen und Schüler selbst «Hand anlegen» sollen, geht

uns jedoch zu weit. Neben gewissen Sicherheitsbedenken, werden auch die Abläufe der Projekte verzögert. Wenn wie im Beispiel "Solarprojekt Schule Mösli" zeitgleich vier Schülerinnen und Schüler mit entsprechender Ausrüstung die Installation besichtigen können, kommt es zu entsprechenden Bau- bzw. Installationsverzögerungen. Bis dann alle 463 Oberstufenschülerinnen und -schüler (Anzahl gemäss aktuellem Verwaltungsbericht, Tendenz steigend) selbst «Hand anlegen» durften, würde dies knapp sechs Tage dauern.

Noch ein Wort zum Schluss – es soll unserer Meinung nach den Lehrpersonen überlassen sein, wie sie mit ihren Schülerinnen und Schülern das Thema "Solar, Energiewende und Klimaneutralität" im Rahmen des Lehrplans umsetzen. Es ist nicht Sache der Gemeinde, hier Vorgehensweisen zu definieren.

Fazit: als Postulat ja - als Motion nein.

Benjamin Gimmel (EVP): Wir von der EVP-Fraktion haben uns sehr gefreut über dieses Projekt und unterstützen es sehr. Weiter danken wir auch für die Ausführungen des Gemeinderats. Wir würden es aber vorziehen und beliebt machen, dass diese Motion als erheblich erklärt wird. Wir könnten auch damit leben, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

Franziska Brunner (SVP): Die SVP-Fraktion teilt die Einschätzung des Gemeinderats zu den Herausforderungen und Risiken solcher Projektstage. Jedoch bleiben zu viele Fragen offen und müssen unseres Erachtens vertieft geprüft werden, und zwar:

1. *Kosten:* die Kosten dieser Projektwoche, wurden in der Motion nicht abschliessend beziffert. Eben so wenig wurden die jährlich wiederkehrenden Kosten berechnet.
2. *Nachfrage:* wie viele der Jugendlichen, die seit Projektstart 2020 in Bern an einer Projektwoche teilgenommen haben, haben tatsächlich einen dieser Berufe erlernt? Hat sich das Projekt insgesamt gelohnt?
3. *Sicherheit:* ist die Arbeitssicherheit gewährleistet?
4. *Interesse:* Sind die Lehrerschaft und die Schüler grundsätzlich an einem solchen Projekt interessiert?

Die SVP-Fraktion wird der Umwandlung in ein Postulat zustimmen. Materiell unterstützen wir dieses Projekt jedoch nicht.

Alexander Schmid (glp): Die Motion betreffend Solarprojektwoche für Jugendliche verlangt ein grösseres Angebot für Junge zum Thema «Photovoltaik in Ostermundigen». Für uns als glp-Fraktion ist der Kontakt von Jugendlichen zu erneuerbaren Technologien wünschenswert, besonders im Kontext des Klimawandels.

Der aktuelle Lehrplan ermöglicht bereits heute tiefgründige Auseinandersetzungen mit diesem Thema und auch in der Stellungnahme des Gemeinderats liest man, dass bereits heute viele grossartige Projekte umgesetzt werden. Da leuchtet nicht ein, warum man noch zusätzliche Gelder aufwenden sollte.

Weiter finden wir, dass nicht eine Branche einseitig von Staatsgeldern profitieren soll, vor allem wenn es sich um eine profitable Branche handelt. Auch wenn man die Perspektive wechselt und es aus dem Blickwinkel der Berufswahl sieht, ist es nicht schlau, wenn man sich künstlich zu fest einschränkt. Außerdem gibt es noch andere Branchen die händeringend Nachwuchs suchen.

All diese Gründe und der Fakt, dass aus den Unterlagen die Position des Lehrkörpers nicht ersichtlich wird, leitet uns zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Geschäft. Ich danke für die Aufmerksamkeit

Adrian Tanner (Grüne): Ich versuche mich kurz zu fassen, denn vieles wurde schon gesagt. Man hat einen Einblick in die Technik, es ist eine Unterstützung der Energiewende, welche das Volk beschlossen hat.

Ich glaube schon, dass diejenigen, die das nachher organisieren und die dafür verantwortlich sind, dass sie das auch durchführen können, dass das nicht ein Risiko für diese Kinder ist. Man schaut vorgängig, welches Dach geeignet ist, wenn es zum Beispiel eher flach ist. Es kam noch die Frage, ob sie das dann überhaupt wollen. Also, das ist bei vielem doch so in der Schule: vielleicht hat es auch gewisse Schülerinnen und Schüler, die Mathematik zum Beispiel nicht so gerne haben (ich gehöre nicht zu diesen), aber das soll es geben.

Es geht primär darum, einen Einblick zu erhalten. Es stimmt natürlich, dass andere Branchen auch Fachkräftemangel haben. So zum Beispiel das Gesundheitswesen, aber es steht uns frei, für andere Branchen auch einen solchen Vorschlag zu machen. Immer etwas ablehnen, weil man es anderswo auch nicht macht. So kommen wir bestimmt nicht vorwärts.

Luca Alberucci (gfp): Ich möchte gerne das Votum des Fraktionskollegen ergänzen und eine Frage stellen:

Man könnte noch eine Zusatzwoche für die Fachkräfte Gesundheit und Bodenschutz machen, das finde ich auch ein sehr wichtiges ökologisches Thema. Wir haben zu wenig Agronomen, man könnte auch noch etwas machen, aber man sollte vor allem die Lehrkräfte fragen, ob es überhaupt in den Lehrplan hineinpasst! Und das ist ja hier an dieser Stelle nicht erfolgt. Das ist aus meiner Sicht ein wesentlicher Mangel an diesem Vorstoss.

Das andere wäre die Frage an den Gemeinderat: Wenn wir jetzt ein Postulat machen, werden wir dann, wenn wir den Verwaltungsbericht haben, in einem Jahr über die Abschreibung wieder hier befinden? Und landet das Postulat in der Schublade oder generiert das Postulat Kosten? Was geschieht mit einem Postulat? Was genau ist zu verstehen und welche Konsequenzen hat es? Diese Fragen sind für die Meinungsfindung von uns eine relevante Information.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Es ist ein sehr aktuelles Thema und das interessiert auch die Jugendlichen. Aus der Beantwortung des Gemeinderats sehen wir, wie dieses Geschäft in ein Projekt gemacht wurde und wie dies auch weiterhin umgesetzt werden soll.

Es stimmt, wir haben die Möglichkeiten, dieses Projekt im Lehrplan 21 zu machen, und dies wird bereits gemacht. Es liegt allerdings - auch wegen der Belastung der Lehrerinnen und

Lehrer und auch der Schulleitungen - nicht drin, dass wir den administrativen Aufwand für solche Projekte noch höher treiben. Das heisst, dass wir Personalkosten, zusätzliche Begleitkosten und so weiter noch zusätzlich erfassen und rapportieren müssen. Ich meine, die Lehrpersonen sind da und müssen Unterricht geben. Sie versuchen, diese Anliegen in die bestehenden Lehrpläne und Inhalte umzusetzen. Damit kann ich auch nichts sagen zu den jährlichen Kosten, die so direkt ausgelöst werden.

Welche Berufe erlernt wurden, nehmen wir ebenfalls nicht in die Monitore auf. Wir können keine Schülerinnen und Schüler verpflichten, uns zu melden, welchen Beruf sie gewählt haben und ob sie dann auch auf dem uns gemeldeten Beruf weitermachen. Sicher ist, dass ein Interesse an der Schülerschaft besteht. Wir üben keinen Zwang aus. Wenn unsere Lehrpersonen merken, dass man keine Mehrheit in einer Klasse findet, dann gibt es da keinen Zwang. Wir versuchen aber, die Bedürfnisse zu erkennen, sie zu motivieren. So praktische Inhalte eines solchen Projekts führen dazu, dass das Interesse geweckt und auch ergreifbar wird.

① Die Sicherheit ist gewährleistet, wir haben Fachpersonen auf dem Platz.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP): Ich möchte noch einmal klarstellen, vielleicht hätte ich das schon am Anfang machen sollen, dass die 40'000 Franken das Budget betragen, wenn wir alle 10 Klassen für dieses Projekt ausschöpfen. Es ist ein freiwilliges Projekt, also wir werden keine Lehrerinnen oder Lehrer oder Schülerinnen oder Schüler aufzwingen, an diesem Projekt teilzunehmen. Am Schluss entscheidet der Lehrer oder die Lehrerin, ob sie ein solches Projekt durchführen wollen und ob es überhaupt in ihrem Lehrplan oder in ihrem Stundenplan Platz hat.

Wir gehen ehrlicherweise auch nicht davon aus, dass wir die 10 Klassen ausschöpfen werden. Ich habe in kurzer Zeit die Erfahrung gemacht, dass die Lehrerinnen und Lehrer sehr ausgelastet sind. Aber dennoch würde diese Möglichkeit bestehen.

Es ist tatsächlich so, dass wir die wiederkehrenden Kosten für die Gemeindeverwaltung und auch für die Bauzeitverzögerungen nicht beziffern können. Was wir beziffern können, sind die Kosten für die Partnerorganisation, denn diese betragen maximal 40'000 Franken bei der Ausschöpfung dieser 10 Klassen.

Der Departementsvorsteher BKS, Hans Wipfli, hat bereits erwähnt: Die Rückmeldung der Lehrerschaft und der Schülerinnen und Schüler war bisher sehr positiv. Deshalb sind wir überzeugt, dass das Projekt auch wirklich Potenzial hat, damit unsere Schülerinnen und Schüler auch etwas für ihren Berufsweg mitnehmen können (oder sonst einfach für das Thema "Energie und Nachhaltigkeit").

- Ist die Arbeitssicherheit gewährleistet? Wir gehen davon aus, dass wenn wir eine Partnerorganisation engagieren, die sehr gute Erfahrungen mit anderen Schulen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern macht, dann gehen wir davon aus, dass diese Partnerorganisation auch die Sicherheit dieser Schülerinnen und Schüler gewährleisten kann.
- Weiter war die Frage, was geschieht, wenn wir dies in ein Postulat umwandeln? Oder ob man daraus eine Motion machen sollte? Wenn man berücksichtigt, was wir mit diesem Projekt vorhaben, und wir damit die Lehrerinnen und Lehrer für dieses Projekt nicht aufzwingen können, spielt es keine grosse Rolle, ob der Vorstoss jetzt ein Postulat oder eine Motion ist. Aber da will ich der Erstunterzeichnerin nicht ins Wort fallen. Am Schluss

sollte es allen hier im Tellsaal klar sein, dass wir niemanden zwingen können, an diesem Projekt teilzunehmen.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Vielleicht noch eine ergänzende Information zur Berufskategorie: Wir machen jährlich eine "Berufstour", wo wir verschiedene Berufe des Gewerbes von Ostermundigen und der näheren Umgebung vorstellen. Unsere Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, dann in diese Betriebe zu gehen, so versuchen wir, andere Berufszweige bekannt zu machen. Damit wird unseren Schülerinnen und Schülern eine gewisse Auswahl und eine Vielfalt vorgestellt.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Wir haben gehört, unsere Lehrerschaft hat alle "Freiheiten" bei der Umsetzung des Lehrplans. Meine persönliche Empfehlung dazu: Hände weg von der Mitsprache durch das Parlament!

Die Lehrer planen voraus und schauen was funktioniert und was nicht. Es gibt zu diesem Thema Museen (z. B. Stiftung Umweltarena Schweiz). Ein Tagesausflug einer Klasse ist bestimmt kostengünstiger und genügt für die Themenbearbeitung "Solarenergie" - eine ganze Projektwoche ist nicht notwendig.

Luca Alberucci (glp): Ich habe die Frage gestellt, was ein Postulat auslöst? Ich habe die Antwort verstanden. Die Antwort ist: Ein Postulat ist äquivalent zu einer Motion. Alle Parteivertretenden, die sich dahingehend geäußert haben die Motion abzulehnen, sollten ebenfalls ein Postulat ablehnen. Mit einem Postulat resp. Motion wird das Projekt aufgesetzt mit "Freiwilligkeit".

Für mich ist der Fall klar - ich werde auch ein Postulat ablehnen. Ich bitte alle die, die die Motion ablehnen, ebenfalls ein Postulat ablehnen.

Sandra Löhner-Marti (Mitte): Vielen Dank Luca für den Hinweis. Du hast vollkommen Recht. Mit dem Hintergrund der "Freiwilligkeit" werden wir von der Mitte-Fraktion die Motion wie auch das Postulat ablehnen.

Kathrin Ernst (Grüne): Für die Lehrerschaft besteht kein Zwang und alles beruht sich auf die Freiwilligkeit.

Die 40'000 Franken sind ein "Budgetposten" und dieser wird sehr wahrscheinlich nicht ausgeschöpft - nicht alle 10 Klassen werden an einem Solar Tag (und nicht einer Woche) teilnehmen. Ein Museumsbesuch ist viel mehr ein theoretischer statt praktischer Solar Tag. Der Besuch des Projekts "Solarbutterfly" in der Schule Mösli wurde mit einem positiven Feedback begleitet.

① Ich bin mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 20 zu 14 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Solarprojektwochen für Jugendliche in Ostermündigen wird begründet und abgelehnt.

Axioma #10539
10.3.73 Postulate

34. Überparteiliches Postulat betreffend kostenloses Public-Viewing in Ostermundigen während der Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin des überparteilichen Postulats zum Geschäft äussern.

Maja Schneider (SP): Ein paar Tage vor dem Anpfiff ist dieser Zug für uns abgefahren. Wir waren alle etwas zu spät dran.

Die nächste Euro, die Euro der Männer, findet 2028 in Grossbritannien und Irland statt. Wir haben nun ausreichend Zeit, um uns zu überlegen, wie ein kostengünstiges, niederschwelliges Public-Viewing 2028 unter Einbindung des FC und weiterer Akteurinnen und Akteure aussehen könnte.

① Deshalb ändere ich den Wortlaut des Postulats ab.

Die Gemeinde Ostermundigen wird gebeten zu prüfen, wie künftig während grosser Fussballanlässe der Männer und Frauen ein kostenloses Public-Viewing-Angebot, z. B. in der Badi, organisiert und bereitgestellt werden kann.

Bei einem Public-Viewing geht es um viel mehr als «nur» Fussball. Mit einem Public-Viewing schaffen wir für die Mundiger Bevölkerung ein zusätzliches Begegnungsangebot, einen sozialen Raum, einen Ersatz für den Dorfplatz, den es schon lange nicht mehr gibt. Und es ergänzt die bestehenden jährlich wiederkehrenden Events.

Grosse Fussballturniere sprechen breite Bevölkerungskreise an. Bei einem Public-Viewing-Anlass kommen alle zusammen, Jung und Alt, Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus unterschiedlichen Quartieren, um gemeinsam in einem entspannten Rahmen ein Fussballfest zu feiern. Es geht nicht zuletzt auch um Begegnungen von Menschen, die sonst eigentlich nicht viel miteinander zu tun haben.

Bei solchen Anlässen entsteht eine einzigartige Atmosphäre. Die kollektiven Emotionen, Freude, Trauer, Spannung, Nervosität, schaffen ein sehr starkes Gemeinschaftsgefühl. Und es sind diese Emotionen und Erinnerungen, die in der Bevölkerung noch lange nachhallen.

Sie stärken den Zusammenhalt, das Gefühl von Zugehörigkeit und die Identifikation mit dem Wohnort, und dies ist gerade in der heutigen Zeit der Vereinzelung, in einer Zeit, in welcher das Trennende mehr betont wird als das Gemeinsame, und gerade auch in Agglomerationsgemeinden wichtiger denn je. Wer sich daheim fühlt, fühlt sich aufgehoben und trägt mehr Sorge zum Wohnort. Dies belegen diverse Studien.

Auch die Gemeinde hat dies erkannt. So heisst es im "Leitbild Gesellschaft 2035" unter Stossrichtung «Begegnungsorte»: *Die Gemeinde schafft die geeigneten Voraussetzungen, damit mehrmals pro Jahr im öffentlichen Raum Veranstaltungen und Angebote für verschiedene Anspruchsgruppen stattfinden können.*

Die nächste WM 2026 in Mittel- und Südamerika lassen wir bei Seiten. Die Zeitverschiebung ist zu gross. Aber die Euro 2028 der Männer sollte mit einem "Public-Viewing" in Ostermundigen ausgerüstet werden. Uns bleibt noch etwas Zeit dafür. Packen wir die Chance! Und vielleicht schreiben wir ja, allen Widerständen zum Trotz, zusammen ein Mundiger-Sommermärchen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wird das vorliegende Postulat zurückgezogen?

Trotzdem müssen wir über das vorliegende Geschäft noch abstimmen. Liegen weitere Wortmeldungen vor?

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Diesmal nur ganz kurz: Die SVP-Fraktion geht mit dem Gemeinderat darin einig, dass das Durchführen eines Public-Viewing keine Kernaufgabe der Gemeinde ist und lehnt das Postulat ab. Wir hoffen aber, dass allfällige private Gesuche von den dafür zuständigen Stellen der Gemeinde wohlwollend und rasch behandelt werden.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir stimmen über das vorliegende überparteiliche Postulat ab und nicht über das Postulat mit geändertem Wortlaut.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich kann die Überlegungen der Erstunterzeichnerin nachvollziehen. Aber wir können mit dem vorliegenden Vorstoss "2025" keine Umfunktionierung resp. neuen Wortlaut kurzfristig vornehmen. Der Gemeinderat kann den neuen Vorstoss umfassend bearbeiten und anschliessend Stellung nehmen.

Der Geschäftsablauf sieht vor, dass wir über das vorliegende überparteiliche Postulat abstimmen. Die Idee für die Euro 2028 bzw. 2029 (Frauen) kann mit einem neuen politischen Vorstoss beim Ratssekretär eingereicht werden.

Marcel Falk (SP): Ich glaube, es ist tatsächlich einfacher, den abgeänderten Wortlaut als neuen parlamentarischen Vorstoss einzureichen. Ich kann mir (ohne Rücksprache mit der Erstunterzeichnerin) vorstellen, das überparteiliche Postulat zurückzuziehen. Damit entfällt eine Abstimmung. Die Wortlautänderung ist als neuen politischer Vorstoss einzureichen.

Maja Schneider (SP): Ich ziehe mein überparteiliches Postulat betreffend kostenloses Public-Viewing in Ostermundigen während der Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025 offiziell zurück.

B e s c h l u s s

Das überparteiliche Postulat betreffend kostenloses Public-Viewing in Ostermundigen während der Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025 wird zurückgezogen.

Axioma #10540

10.3.74 Interpellationen

35. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Schwarzarbeit trotz IV- oder Sozialhilfebezug; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist die Erstunterzeichnerin der Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Franziska Brunner (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die SVP-Fraktion ist allerdings mit der Antwort nicht zufrieden und wir prüfen einen politischen Vorstoss.

B e s c h l u s s

Die Interpellation SVP-Fraktion betreffend Schwarzarbeit trotz IV- oder Sozialhilfebezug wird schriftlich beantwortet.

Axioma #10543

10.3.74 Interpellationen

36. Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Umsetzung Temporegime und Einrichtung Aufenthaltszonen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Marcel Falk (SP): Die Umsetzung des Temporegimes ist mittlerweile mindestens mit einem 50-er unterwegs; was in diesem Fall sehr positiv ist. Diese Temporeduktionen sind ein echter Mehrwert für die Lebensqualität in Ostermundigen. Ich möchte der Gemeinde danken, dass sie dieses wichtige Projekt vorantreibt.

Positiv ist auch, dass ein Anfang in Sachen Aufenthaltszonen gemacht ist. Öffentliche Räume, wo sinnvoll und möglich, zu Treffpunkten aufzuwerten, kann viel bringen und wird in zunehmend verdichteten Gebieten umso wichtiger. Deshalb sind bei O'mundo Nachbarschaftsgebiete vorgesehen, die ähnliche Funktionen erfüllen.

Nicht beantwortet hat die Gemeinde die Frage, wie die Möglichkeit, Aufenthaltszonen einzurichten, kommuniziert wird. Vielleicht kann die Frage vom Gemeinderat im Anschluss gleich mündlich beantwortet werden.

Aus Sicht unserer Fraktion gibt es bei «Aufenthaltszonen» noch einiges Potenzial. Die Kommunikation müsste deutlich aktiver sein - gerade auch in Nachbarschaften mit schwieriger Sozialstruktur. Könnte da etwa die mobile Quartierarbeit eine Rolle spielen?

Auch müssen die Bedingungen sorgfältig austariert sein. Klar, die Anwohnenden müssen dies wollen und aktiv gestalten; aber die Bedingungen sollten nicht so ausgestaltet sein, dass nur eine Umsetzung in wenigen Quartieren mit bereits starkem sozialem Austausch möglich ist.

Wir werden uns überlegen, wie wir als Gemeinde da die nächsten Schritte machen können und dies entsprechend einbringen.

B e s c h l u s s

Die Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Umsetzung Temporegime und Einrichtung Aufenthaltszonen wird schriftlich beantwortet.

Axioma #10545

10.3.75 Einfache Anfragen

37. Überparteiliche, einfache Anfrage betreffend Neuzuzüger:innen-Anlass; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche, einfache Anfrage betreffend Neuzuzüger:innen-Anlass wird schriftlich beantwortet.

Axioma #10293

38. Orientierungen des Gemeinderates

10.3.74 Interpellationen Axioma #10544

a) **Interpellation SP-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern; Genehmigung Fristverlängerung (bis am 4. September 2025)**

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir haben beim Ratsbüro die Verschiebung der Beantwortung dieser Interpellation betreffend Finanzierung und langjährigen Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern beantragt.

Ihr habt es bestimmt mitbekommen, es sind über 60 Mitwirkungseingaben eingegangen. Der Mitwirkungsbericht ist im Moment in der Erarbeitung und steht kurz vor der Fertigstellung. Wir haben aufgrund dieses Mitwirkungsberichts bereits verschiedene Änderungen (zum Teil signifikante Änderungen) vorgenommen. Es ist noch nicht alles zusammen formal beschlossen. Die Mitglieder der Planungskommissionen Ostermundigen und Bolligen haben dies gestern Abend zum ersten Mal gesehen. Die Änderungen müssen jetzt noch weiterentwickelt werden. Wir rechnen damit, dass wir vor oder nach den Herbstferien den Mitwirkungsbericht veröffentlichen können. Wir haben auch weitere Informationsveranstaltungen geplant, damit wir euch zeigen können, was sich verändert hat und wie der Prozess aussieht. Dies einfach kurz zum Projekt des Fussballcampus selbst.

Jetzt konkret, weshalb haben wir beim Ratsbüro den Antrag gestellt, diesen Vorstoss erst im September beantworten zu können? Am 22. Mai 2025 trafen sich die Gemeinden Bolligen, Ittigen und Ostermundigen zum jährlichen BIO-Treffen. Dort besprechen wir gemeinsam Geschäfte, und ich habe dort das Geschäft "Hallenbad / Fussballcampus" traktandieren lassen. Wir sind der Auffassung, wenn wir über die Thematik "Hallenbad" debattieren, dann müssen wir dies in einem regionalen Kontext tun. Die Gemeinden Bolligen, Ittigen und Ostermundigen müssen einmal schauen, wie im Perimeter des "Fussballcampus" eine möglichst gute Auslastung eines Hallenbades für den Schulschwimmunterricht funktionieren könnte. Denn wir haben unsere Kinder in Bolligen, Ittigen, Muri und Stettlen zum Schwimmunterricht zu bringen. Nun wollen wir schauen, was es bedeutet, wenn wir diesen Schwimmunterricht in diesem Hallenbad machen könnten. Wir konnten letzte oder vorletzte Woche den Vertrag mit einem Profi unterzeichnen, der uns bei diesem Geschäft unterstützen soll, um eine möglichst gute Auslastung dieses Hallenbades für die Gemeinden Ittigen und zu erwirken.

Wir werden einen zweiten Antrag stellen müssen. Da wir uns unter den Gemeinden erst jetzt eingeworden sind, wird der Termin "GGR-Sitzung vom 4. September 2025" nicht realistisch. Das Ganze braucht einfach mehr Zeit. Denn wir wollen gleichzeitig klären, wie ein solches Hallenbad allenfalls auch betrieben und finanziert werden könnte. Das ist der zweite Auftrag und dieser geht auch ein wenig in die Interpellation hinein.

Deshalb ist es dem Gemeinderat besonders wichtig, dass wir uns diese Zeit nehmen können, auch im Bewusstsein, dass wir die Fristen nicht einhalten können. Das einfach bereits als erste Information. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Fragen ausführlich beantworten können. Wir sind verpflichtet, dies richtig zu machen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die folgenden parlamentarischen Vorstösse sind gemäss Artikel 53 Absatz 2 und Artikel 54 Absatz 2 GO GGR **per 1. Mai 2025** dem Ratssekretär zugestellt worden:

1. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Bezug von Sozialhilfegeldern nach Einbürgerung – wie nachhaltig ist unser System?
2. Interpellation Luca Alberucci (glp) betreffend was sind die Hauptgründe und -treiber für die bisherige Entwicklung der Finanzlage von Ostermundigen?

Heute Abend sind diese parlamentarischen Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

1. Überparteiliches Postulat betreffend Obergrenze Stellenprozente der Verwaltung
2. Überparteiliches Postulat betreffend Veloabstellplätze beim Einkaufszentrum Mösli
3. Postulat Maja Schneider (SP) betreffend kostenloses Public-Viewing-Angebot in Ostermundigen während der nächsten Fussball-Europameisterschaft
4. Überparteiliche Interpellation zur öffentlichen Bekanntmachung von Anlässen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ostermundigen
5. Überparteiliche Interpellation betreffend der von der Gemeinde Ittigen zurückgehaltenen Gewinnsteueransprüchen von der Swisscom AG
6. Überparteiliche Interpellation betreffend «Planungsstand Tram Bern-Ostermundigen - Auswirkungen der Bauverzögerungen

Persönliche Erklärung

Marcel Falk (SP): «Entweder bin ich dabei oder ich bin nicht dabei.» sagte mir Steffi einmal. Nun ist sie leider hier bald nicht mehr dabei - heute ist deine letzte GGR-Sitzung.

Die Aussage charakterisiert Steffi gut. Sie macht Dinge mit Herzblut und Vollgas. Wenn Sie einen Anlass organisiert, bringt sie das Apéro, moderiert zwischendurch, hat gefühlt mit allen gesprochen und hilft dann auch noch beim Aufräumen. Wir hatten den Eindruck und gehofft, dass sie sich irgendwie magisch zerteilen kann - aber offenbar ist dem nicht so.

Steffi ist als Schulleiterin mit wachsenden Anforderungen konfrontiert und ist bestimmt auch da mit Herzblut und Vollgas unterwegs. Sie musste etwas aufgeben und hat sich für den GGR entschieden. Wir können das so gut nachvollziehen, wie wir es bedauern.

Steffi war seit 2020 im GGR und wirkte auch in der Schulkommission. Ihre Kompetenz gerade in Sachen Schule, sozialer Austausch und mehr hat sie immer wieder in der Fraktion und im GGR eingebracht. Und Sie kann es mit Menschen; ich denke, das haben wir alle hier im Saal erlebt. Sie präsidierte unsere Fraktion seit 2022 und seit gut einem Jahr zusammen mit mir.

Steffi bleibt im Präsidium des Ausmittlungsausschusses und auch in der SP. Und wer weiss, vielleicht lassen dir Schule und das Leben im Allgemeinen irgendwann wieder etwas mehr Zeit.

Liebe Steffi, ich - wir - danken dir für so vieles, aber vor allem für das Miteinander! «*Es het gfägt*» würdest du wohl sagen, allerdings in richtigem Berndeutsch

----- Applaus -----

Stefanie Dähler (SP): Ja, es ist heute wirklich meine letzte GGR-Sitzung - fast ein bisschen wie mein letzter Schultag - einfach ohne Zeugnis, aber dafür mit Protokoll. Ich gehe hier einfach raus mit einem lachenden und auch einem weinenden Auge. Ich werde jetzt sicher nicht mehr so ein Riesenuvert mit GGR-Unterlagen bekommen. Ich weiss es bereits heute: mir wird der Ratsbetrieb hier fehlen.

Es hat mir gefallen, zu Lösungen und Kompromisse zu ringen, vielleicht manchmal auch ein wenig zu streiten. Es ist nicht immer einfach, es war auch nicht immer leise, aber mit viel Überzeugung und Einsatz. Und ich gehe, weil ich ab Sommer 2025 noch einmal eine grössere berufliche Veränderung habe. Neben der Familie bleibt dann eben nicht mehr so viel übrig und deshalb habe ich mich entschieden, meinen Stuhl dort freizumachen für meinen Nachfolger, der wieder mit vollem Elan, mit Zeit und mit Einsatz aufkommen kann.

Danke vielmals für die Zusammenarbeit - es hat Spass gemacht, und ich werde sicher Ostermundigen erhalten bleiben. Ich wünsche allen einen schönen Sommer und einen schönen Abend.

----- Applaus -----

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Vielen Dank für deine Worte, Steffi. Wir konnten dir mit dem Applaus ein gutes Zeugnis ausstellen. Wir werden deine Voten sehr vermissen.

Damit ist die heutige Sitzung geschlossen. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Axioma #10627

10.3.74 Interpellationen

39. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Bezug von Sozialhilfegeldern nach Einbürgerung - wie nachhaltig ist unser System?; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Zur Integration in unser Land gehört auch die finanzielle Integration. Daher ist diese auch ein Kriterium bei der Einbürgerung. In der Bevölkerung gibt aber immer wieder zu reden, dass auch eingebürgerte Personen Sozialhilfe beziehen. Dies wirft Fragen zur Nachhaltigkeit der Prüfungen im Einbürgerungsverfahren und zur Wirksamkeit unseres Sozialsystems auf, aber auch zum Bewusstsein der Pflichten als Bürgerin und Bürger. Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

Fragen

1. Wie viele der in den letzten sieben Jahren in Ostermundigen eingebürgerten Personen beziehen aktuell Sozialhilfe?
2. Wie unterscheidet sich der Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zwischen eingebürgerten Personen und Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft seit Geburt?
3. Welche konkreten Massnahmen und Programme wurden von der Gemeinde implementiert, um die Ablösung von der Sozialhilfe zu fördern und die finanzielle Unabhängigkeit zu sichern?
4. Wie viele Personen konnten 2024 durch Wiedereintritt ins Erwerbsleben bzw. Verbesserung der Erwerbssituation von der Sozialhilfe abgelöst werden und wie viele wurden durch eine Rente von der Sozialhilfe abgelöst? Welche Erfolge oder Herausforderungen wurden hierbei festgestellt?
5. Welche langfristigen Strategien verfolgt der Gemeinderat, um die Anzahl der eingebürgerten Personen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, zu reduzieren? Welche Rolle spielen Bildung, Arbeitsmarktintegration und soziale Unterstützung in diesen Strategien?

eingereicht am 1. Mai 2025

sig. Franziska Brunner (SVP), M. Truog, G. Zaugg, U. Steiner

Axioma #10651

10.3.74 Interpellationen

40. Interpellation Luca Alberucci (glp) betreffend was sind die Hauptgründe und -treiber für die bisherige Entwicklung der Finanzlage von Ostermundigen?; parlamentarischer Neueingang

Einleitung

Die Finanzlage von Ostermundigen bleibt herausfordernd. Es ist wichtig, dass Parlament und Regierung sorgfältig und haushälterisch mit den vorhandenen Mitteln umgehen und entsprechend budgetieren resp. mittelfristig planen. Um dies optimal zu machen, ist es sinnvoll, die Entwicklung der Finanzen der Gemeinde in den letzten 5 bis 10 Jahren genauer zu analysieren, um die aktuelle Situation sowie mögliche Entwicklungen besser zu verstehen und gegebenenfalls Massnahmen einzuleiten.

Fragen

1. Wie hat sich die Finanzlage in den letzten 5 bis 10 Jahren entwickelt? Wie war die Entwicklung des Verwaltungs- und Finanzvermögens sowie der wichtigsten Eigenkapital-komponenten?
2. Was sind die wichtigsten Ertragskomponenten? Wie war deren Entwicklung? Was ist die Begründung dafür?
 - a. Wie war insbesondere die Entwicklung der Steuererträge bei natürlichen Personen, Liegenschaften und Unternehmen, der Transfererträge und sonstigen Einnahmen?
3. Was sind die wichtigsten Kostentreiber? Wie war deren Entwicklung? Was ist die Begründung dafür?
 - a. Wie war insbesondere die Entwicklung des Personalbestands (in Vollzeitstellen)? Wie sieht es auf Abteilungsebene aus? Was ist die Begründung dafür?
 - b. Wie war insbesondere die Entwicklung von extern bezogenen Dienstleistungen? Wie sieht es auf Abteilungsebene aus? Was ist die Begründung dafür?
 - c. Wie war insbesondere die Entwicklung der Investitionen resp. des entsprechenden Abschreibungsaufwands sowie des Zinsaufwands?
 - d. Wie war die Entwicklung der Transferaufwände und sonstigen Kostentreiber?

ingereicht am 30. April 2025

sig. Luca Alberucci (glp)

Axioma #10764
10.3.73 Postulate

41. Überparteiliches Postulat betreffend Obergrenze Stellenprozenzte der Verwaltung; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob eine Obergrenze für die bewilligten Stellenprozenzte der Verwaltung eingeführt werden kann und einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag auszuarbeiten. Als Obergrenze könnten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung bewilligten Stellenprozenzte definiert werden. Die Obergrenze kann infolge neuer, obligater und externer Aufgaben z. B. Auflagen des Kantons oder Bunds angepasst werden.

Begründung

Die finanziellen Aussichten der Gemeinde Ostermundigen bleiben trotz steigender Steuereinnahmen angespannt. Um eine Steuererhöhung zu vermeiden und die steigenden Steuereinnahmen für die Stabilisierung der Gemeindefinanzen einsetzen zu können, muss aus unserer Sicht die Ausgabendisziplin weiter gesteigert werden. Da die Personalkosten rund 20 % des betrieblichen Aufwands ausmachen und somit klar der grösste und einer der wenigen beeinflussbaren Ausgabenposten sind, wäre für diese Ausgabenposten eine Obergrenze ein effektives Mittel. Die bewilligten Stellenprozenzte haben sich seit 2009 um rund 30 % vergrössert bei einem Bevölkerungswachstum von rund 20 %. Auch entspricht das Wachstum der Stellenprozenzte etwa dem Wachstum der Steuereinnahmen seit 2018. Die oben dargestellten Vergleiche zeigen sicher nicht 1:1 Abhängigkeiten, jedoch belegen sie das relativ grosse Wachstum der Verwaltung.

eingereicht GGR-Sitzung vom 26.06.2025

sig. Lukas Lanz (FDP), Ch. Leiser, D. Feller, U. Steiner (SVP), J. Ananiadis (Piraten), F. Brunner (SVP), H.P. Friedli, A. Gränicher, A. Anders, A. Rutsch

Axioma #10765
10.3.73 Postulate

42. Überparteiliches Postulat betreffend Veloabstellplätze beim Einkaufszentrum Mösli; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie die Situation der Veloparkierung beim Einkaufszentrum Mösli verbessert werden kann.

Begründung

Beim Einkaufszentrum Mösli an der Milchstrasse, sind Veloabstellplätze entlang der Rampe zur Einstellhalle markiert.

Da diese Abstellplätze nur markiert und nicht mit baulichen Massnahmen geschützt sind, parkieren immer wieder Autos und Motorfahräder auf diesen Plätzen. Deshalb werden die Velos wild auf dem Gelände, hauptsächlich um den Lift zur Einstellhalle herum, parkiert.

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie die Veloparkierung auf diesem Gelände verbessert und dauerhaft sichergestellt werden kann.

eingereicht GGR-Sitzung vom 26.06.2025

sig. Michael Mitter (Mitte), B. Filep (Mitte), S. Löhner (Mitte), S. Dähler (SP), B. Gimmel (EVP), Y. Dressler (SP), M. Schneider (SP), M. Zürcher (EVP), G. Baumgartner (EVP), U. Steiner (SVP), J. Ananiadis (Piraten), P. Buri (SP)

Axioma #10766
10.3.73 Postulate

43. Postulat Maja Schneider (SP) betreffend kostenloses Public-Viewing-Angebot in Ostermundigen während der nächsten Fussball-Europameisterschaft; parlamentarischer Neueingang

Geänderter Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen wird gebeten zu prüfen, wie künftig während grosser Fussballanlässe der Männer und Frauen ein kostenloses Public-Viewing-Angebot, z. B. in der Badi, organisiert und bereitgestellt werden kann.

Begründung

Ostermundigen schafft gemäss *Leitbild Gesellschaft 2035, Stossrichtung 2: Begegnungsorte* Voraussetzungen, damit im öffentlichen Raum Veranstaltungen und Angebote für verschiedene Anspruchsgruppen stattfinden können.

Ein Public-Viewing-Angebot während den Fussball-Europameisterschaften bringt mehrere Vorteile mit sich:

1. Niederschwellige Public-Viewing-Angebote sprechen breite Bevölkerungskreise an. Sie ermöglichen gemeinsame Erlebnisse, Emotionen, Begegnungen und Austausch.
2. Gemeinschaftserlebnisse wiederum stärken den Zusammenhalt und die Identifikation mit dem Wohnort.
3. Die Zusammenarbeit mit dem FC Ostermundigen bietet diese Sichtbarkeit und die Chance, neue Mitglieder zu gewinnen -auch im Sinne einer gezielten Förderung des Mädchen- und Frauenfussballs.
4. Mit einem kostenlosen Public-Viewing-Anlass positioniert sich die Gemeinde als lebendiger und sozial engagierter Wohnort.

eingereicht GGR-Sitzung vom 26.06.2025

sig: Maja Schneider (SP)

Axioma #10767

10.3.74 Interpellationen

44. Überparteiliche Interpellation zur öffentlichen Bekanntmachung von Anlässen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen wird gebeten, Auskunft über die öffentliche Bekanntmachung von Anlässen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ostermundigen zu geben.

Fragen

1. Wie sieht das momentane Konzept für die öffentliche Bekanntmachung von Anlässen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ostermundigen aus? Über welche Kanäle können alle Altersschichten und sämtliche Gruppen der Gemeinde erreicht werden?
2. Wo in der Gemeinde können Vereine und Veranstalter auf ihre Anlässe aufmerksam machen mit Plakaten und Flyern?
3. Wie können die Vereine und Veranstalter in sozialen Medien der Gemeinde und auf den Plattformen der Gemeinde auf ihre Anlässe und Veranstaltungen aufmerksam machen?
4. Wer koordiniert diese Informationskanäle der Gemeinde und nach welchen Kriterien werden diese bespielt?

Begründung

1. Damit die Bevölkerung der Gemeinde über Veranstaltungen und Anlässe informiert werden kann, bräuchte es in der Gemeinde Ostermundigen genügend öffentliche Plakatwände und Informationsstellen. Im Moment fehlen diese.

Es ist kein Konzept ersichtlich wie Vereine und Veranstalter offiziell und legal plakatieren und Flyern können in der Gemeinde Ostermundigen. Diese Tatsache fördert das illegale Plakatieren an Bushaltestellen und anderen Orten in der Gemeinde.
2. Es gibt einen offiziellen Veranstaltungskalender für die Gemeinde auf der Homepage der Gemeinde Ostermundigen. Leider ist dieser vielen Bewohner: innen nicht bekannt und auch nicht alle Vereine erfassen ihre Veranstaltungen über diese Plattform.
3. Die Gemeinde bespielt selbst einen Insta Kanal wo auch ab und zu Veranstaltungen promotet werden. Leider ist nicht ersichtlich, nach welchen Kriterien diese Veranstaltungen ausgelesen werden und welche Vereine und Veranstaltungen genau zum Zuge kommen.

eingereicht GGR-Sitzung vom 26.06.2025

sig. Mattia Mordasini (SP), M. Falk, S. Dähler, J. Renner, J. Ananiadis (Piraten), M. Mitter (Mitte), S. Löhner, B. Gimmel (EVP), M. Zürcher, K. Kistler (SP), M. Schneider, P. Buri

Axioma #10768

10.3.74 Interpellationen

45. Überparteiliche Interpellation betreffend der von der Gemeinde Ittigen zurückgehaltenen Gewinnsteueransprüchen von der Swisscom AG; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Swisscom hat mehrere Standorte in Ostermundigen. Dazu gehört das ehemalige Swisscom-Hochhaus an der Ostermundigenstrasse 93, das zu einem Wohnhaus umgebaut wird. Zudem gibt es das Swisscom Technologie Zentrum am Zentweg 46. Auch Swisscom Broadcast AG hat ihren Hauptsitz in Ostermundigen.

Die Zuteilung der Steuern der Swisscom auf die Gemeinden im Kanton Bern erfolgt über die Gemeinde Ittigen, dem Hauptsitz der Swisscom. Gemäss der Berichterstattung in der Jahresrechnung 2020 betrug der Gesamtsteuerertrag der Swisscom auf 29 Mio. Franken. Davon wurden 12.7 Mio. Franken für die Teilansprüche der anderen bernischen Gemeinden zurückgestellt. Die Gemeinde Ittigen nimmt die Zuteilung dieser Steuerträge erst vor, wenn die definitiven Veranlagungen vorliegen.

Aufgrund der dauernden Verzögerungen in den Veranlagungen sind die zurückgehaltenen Steueransprüche der Bernischen Gemeinden zwischenzeitlich auf 56 Mio. Franken angestiegen. Per Ende 2024 betragen diese 48 Mio. Franken. Aufgrund der diversen Betriebsstätten resp. Tochtergesellschaften der Swisscom in Ostermundigen betragen die Ansprüche von Ostermundigen vermutlich rund 10 - 20 % resp. 5 - 10 Mio. Franken. Für diese Ansprüche sind in den Bilanzen der Gemeinde Ittigen der letzten Jahre keine aktiven Rechnungsabgrenzungen gemäss HRM2 vorgenommen worden.

Es ist nicht verständlich, dass die Gemeinde Ittigen aufgrund der provisorischen Steuerzuteilung keine provisorische Verteilung auf die anderen Gemeinden vornimmt. Neben der zeitgerechten Abgeltung der materiellen Ansprüche der Gemeinden hätte die provisorische Verteilung auch eine Glättung der Steuererträge bei den übrigen Gemeinden zur Folge. Die Praxis der Gemeinde Ittigen hat auch zur Folge, dass sie von den anderen betroffenen Gemeinden - unter anderem Ostermundigen - quasi zinslose Zwangsdarlehen erhält.

Fragen an den Gemeinderat

1. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die Gemeinde grosse finanzielle Ansprüche gegenüber der Gemeinde Ittigen hat? Wie gross sind diese Ansprüche per Ende 2024?
2. Vertritt der Gemeinderat auch die Ansicht, dass die Verteilung der Ansprüche der Gemeinden im Zeitpunkt der Bezahlung der Steuern der Swisscom an die Gemeinde Ittigen erfolgen soll?
3. Was hat der Gemeinderat resp. die Gemeindeverwaltung bisher getan, damit die von der Swisscom bezahlten Steuern zeitnah an die Bernischen Gemeinden verteilt werden? Was gedenkt der Gemeinderat zu tun?

eingereicht GGR-Sitzung vom 26.06.2025

sig. Colette Nova (SP), M. Falk, S. Dähler, J. Renner, M. Schneider, F. Brunner (SVP), U. Steiner, A. Rutsch, A. Gränicher, A. Andres, M. Zürcher (EVP), B. Gimmel, G. Baumgartner,
1 Unterschrift nicht lesbar

Axioma #10769

10.3.74 Interpellationen

46. Überparteiliche Interpellation betreffend «Planungsstand Tram Bern-Ostermundigen - Auswirkungen der Bauverzögerungen; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

Verzögerung Baustart Der Baustart für das Tram Bern/Ostermundigen verzögert sich erneut. Ursprünglich war geplant, Anfang 2026 mit dem Bau zu beginnen. Aufgrund der Komplexität des Projekts und zahlreicher hängiger Einsprachen im Bewilligungsverfahren ist dieser Termin jedoch nicht mehr haltbar. Der Baustart verschiebt sich um mindestens ein Jahr, ein genauer Termin ist derzeit offen und hängt vom weiteren Verlauf des Bewilligungsverfahrens sowie möglichen Beschwerdeverfahren ab. Erst wenn eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt, kann ein konkreter Zeitplan erstellt werden.

Frühester Betriebsstart 2031 Durch die Verzögerungen wird das Tram nach Ostermundigen frühestens 2031 in Betrieb gehen können - möglicherweise auch später, falls sich das Verfahren weiter verzögert. Die Bauzeit wird auf vier bis fünf Jahre geschätzt.

Wortlaut

Die Grünliberale Partei möchte aufgrund der Ausgangslage die folgenden Fragen möglichst schnell vom Gemeinderat beantwortet haben:

1. Status der Planung
Mit welchem Baustart wird aktuell gerechnet? Ist es realistisch, dass die Baubewilligung sich um ein Jahr verschiebt oder ist mit einer deutlich längeren Verzögerung zu rechnen? Kann man weiterhin von einer Bauzeit von 4 - 5 Jahren rechnen? Wie wirkt sich die Diskussion um eine zweite Tramachse durch die Stadt Bern aus?
2. Finanzierung
Aufgrund der Verzögerung ist mit deutlichen Mehrkosten zu rechnen, die auch mit der Preisentwicklung der letzten Jahre zu erklären sind. Die Budgetierung des Projektes erfolgte im 2017 (Volksabstimmung, Kosten von CHF 240 Mio.) und ist daher schon 8 Jahre alt. Im Jahr 2020 sprach man von Kosten von CHF 264 Mio., wobei die Gemeinde Ostermundigen 11 % der Kosten tragen muss (CHF 29 Mio.) Mit welchen Mehrkosten ist für die Gemeinde bei weiteren Verzögerungen zu rechnen?
3. Kosten Sanierung Bernstrasse
Mit dem Bau der Tramlinie wären auch umfangreiche und dringend notwendige Sanierungen der Bernstrasse verbunden gewesen Wir gehen davon aus, dass diese Sanierung trotz Verzögerungen demnächst notwendig sein werden Mit welchen Arbeiten rechnet der Gemeinderat in den nächsten 1 - 2 Jahren? Welche Kosten entstehen dabei neu zusätzlich zum Tram Budget?
4. Abhängigkeiten
Welche Abhängigkeiten bestehen zu anderen Projekten in Ostermundigen wie das

Temporegime, Velonetz, Bahnhofsumbau, ÖV-Knoten Bahnhof Ostermundigen, Tellareal etc.?

Besten Dank für eine detaillierte und zeitnahe Beantwortung

eingereicht GGR-Sitzung vom 26.06.2025

sig. Oliver Tamas (glp), A. Wahli, D. Züllig von Allmen, L. Raass, M. Zürcher (EVP), B. Gim-
mel, L. Lanz (FPD), S. Dähler (SP), M. Schneider, M. Falk, P. Buri, Y. Dressler, J. Renner,
K. Kistler, B. Filep (Mitte), S. Löhner

Axioma #4944

b) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, e = erledigt, ne = *offen, sollte erledigt sein*

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
2103/ 1462	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kin- derschutz durch Ver- kehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	GGR 26.6.25: Motion mit 26 zu 0 Stimmen als erle- digt beschrieben	e
5765	Verwaltungsbericht 2024	26.06.25	30.06.26	FS + alle	Die FDP.Die Liberalen- Fraktion beantragt, dass in den zukünftigen Ver- waltungsberichten der Umfang von Dritteistun- gen im Rahmen der re- gulären und wiederkeh- renden Verwaltungstätig- keit aufgezeigt wird	o

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Daniela Feller

Jürg Kumli

Die Stimmzählerin:

Der Stimmzähler:

Kathrin Balmer

Markus Truog